

1802, 1^{te}

Rheinische
Staats - Anzeigen.

Lateat scintillula forsan.

Erstes Heft.

1 8 0 2.

Strasburg, Frankfurt, Leipzig und Nürnberg.

I n h a l t.

	Seite.
I. Erklärung der Herausgeber an das Publikum	I
II. Über den Secularisations- und Entschädigungs- Prozeß - - - - -	II
Geschrieben im Mai 1802, nach damaligen Ansichten. S. die Nachschrift S. 29. Im übrigen vergesse man dabei, und selbst bei dem, was nun geschieht, oder schon geschehen ist, nicht: Prudens futuri temporis exitum Caliginosa nocte premit Deus.	
III. Pfalzneuburgischer Landtags-Abschied vom 10. Jun. 1802 - - - - -	31
Ein Fürst, Hand in Hand mit den Repräsentanten der Staatsbürger, sorgt väterlich für den Staatshaushalt, für den öffentlichen Unterricht, für vernünftige Aufklärung, für Minderung des menschlichen Elendes!	
IV. Herzogl. Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Haus- gesetz über die Nichtverbindlichkeit der Regierungs-Nachfolger, die Schulden und Veräußerungen der Regierungs-Vorfahren anzuerkennen. Vom 1. Apr. 1802 -	44
Ein Fürst huldigt dem Gefühl seiner Regentenpflicht, indem er laut erklärt, daß ein Regent gerade nur dazu, und zu mehr nicht <i>berechtigt</i> sey, wozu er zugleich auch verpflichtet ist. Hier geschieht <i>familiengesetzlich</i>, was der edle Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel schon im Jahre 1794 <i>landesgrundgesetzlich</i>, also noch bündiger und würdiger, that. S. die Einleitung des Herausgebers S. 44 ff.	

V. Neues



I.
E r k l ä r u n g
der
H e r a u s g e b e r
an
d a s P u b l i k u m.

Seit dem Frieden von Lünéville ist der *Rhein* wieder die Gränze zwischen Teutschland und Frankreich. Auch die letzte Hofnung der Teutschen, daß England noch eine Aenderung hierinn bewirken werde, ist durch den Frieden von Amiens verschwunden. Biedere *Teutsche*, dießs- und jenseit, habt ihr darum aufgehört *Brüder* zu seyn? Vermag die Gewalt des Siegers eure *Herzen* zu trennen? Kann eine höhere menschliche Macht die Bande lösen, welche Gewohnheit, Sprache, Handelsverkehr, Blutsfreundschaft, Gleichheit der wissenschaftlichen und sittlichen Cultur, seit Jahrhunderten zwischen euch geknüpft haben? Wird eine politische Trennung, herbeigeführt durch die Macht äusserer Umstände, euch hindern, fernerhin auf beiden Seiten gleich herzlich zu singen: „am Rhein, da wachsen *unsre* Reben?“, Bleiben nicht der Berührungspunkte zwischen euch, in *geographischer, politischer, statistischer, sittlicher, wissenschaftlicher* und *commerzialer* Hinsicht, noch eine grosse Menge?

Aber, wer könnte bei dem Allen, sich die grossen und merkwürdigen Veränderungen verhelen, welche die neue Ordnung der Dinge, auf beiden Seiten theils schon hervorgebracht hat, theils noch veranlassen wird! Hat es doch erst kürzlich der französischen Regierung gefallen, einen Unterschied zwischen *Territorial* - und *Jurisdictions* - Gränze festzusetzen! Jene allein sey der im Lünéviller Frieden benannte *Thalweg*; von der Jurisdictionsgränze sey hiebei gar nicht die Rede; diese laufe an den beiderseitigen *Ufern* des Rheins hin; auf dem Strome selbst, in seiner ganzen Länge und Breite, *müsse* die Gerichtsbarkeit beider Theile, ohne Rücksicht auf den *Thalweg*, *concurrent* seyn. Wie fruchtbar an Folgen in dem beiderseitigen Verkehr, welch' eine Quelle von Jurisdictions - Conflicten muß diese neue *politische* Maxime seyn, noch ehe sie zur rechtlichen erhoben wird!

Alle stimmen darinn überein, daß der *Verlust* sehr beträchtlich sey, welchen Teutschland auf der linken Rheinseite erlitten hat. Man hat Berechnungen dem Publikum mitgetheilt, über *Flächenraum*, *Volksmenge*, *Producte*, *Industrie* und *Staatseinkünfte*. Aber wie abweichend sind diese Angaben! Noch wird eine genauere Liquidation erwartet; zu-

mal wenn von verhältnißmäsiger Entschädigung die Rede seyn soll.

Die vormaligen *österreichischen Niederlande* werden, sehr verschieden, zu 470, zu 500, zu 533 Quadratmeilen angegeben, die Volksmenge zu 1 Million, 800,000, und die Einkünfte, an reinem Ertrage, nach einigen zu 3 Millionen, nach andern nicht viel über Eine Million Gulden, die jährlich nach Wien gekommen seyen. Im Jahre 1785 berechnete man die österreichischen Niederlande auf 1303 Quadrat-Lieues und 1,880,000 Einwohner, die Staats-einkünfte auf 19,047,933 brabantische Gulden. Von dieser Summe blieben, nach Abzug der Local- und Administrations-Kosten, 4,086,088 brabantische Gulden reine Einkünfte, welche nach Wien geliefert wurden. *Portiez*, Repräsentant des Oise-Departements, erstattete im 5. Jahre der Republik, im Rathe der Alten einen Bericht über Belgien, nach seinem jezigen Umfange. Diesem zufolge, enthält dasselbe 1894 Quadrat-Lieues, jede von 2,282 Klaftern, und 2,845,000 Einwohner, von welchen 1449 auf eine Quadrat-Lieue kommen.

Die *übrigen teutschen Staaten*, welche durch den Lünéviller Frieden an Frankreich gekommen, werden berechnet zu 650 Quadratmeilen, 1 Million

und 5 bis 600,000 Menschen; die vormaligen Territorial-Einkünfte (nach einer etwas unsichern Berechnung) auf 5 Millionen 760,000 Gulden *). Also der gesammte teutsche Länderverlust bestünde in 1150 Quadratmeilen, 3 Millionen und 3 bis 400,000 Men-

*) Speciel, nach den Kreisen, wird der Verlust so angegeben:

	Quadratm.	Menschen,
Der niederrheinisch-westphälische Kreis verliert	- 250	700,000
Der kurrheinische Kreis	- 240	516,000
Der oberrheinische Kreis	- 149	409,000
Der schwäbische Kreis	- 5/8	3,000
Die nicht eigentlich unter den Kreisen begriffenen Reichländer auf der linken Rheinseite, als Mömpelgard, Freudenberg an der Saar, Burscheid u. s. w. zusammen	-	30,500
	Summe 652	1,658,500

Vergl. K. E. A. v. Hoff das teutsche Reich vor der französischen Revolution, und nach dem Frieden von Lunéville. Gotha Th. I. 1801. gr. 8. Hamburger politisches Journal 1801, December, S. 1201 ff. J. D. A. Höcks statistische Uebersicht der deutschen Staaten. Heft I-VI. Basel 1799-1800. Fol. Ueber Deutschlands Verlust und das dabei eintretende Entschädigungssystem. 1801. Zweite Aufl. Erfurt 1802. 8. Plan einer billigen Entschädigung der auf der linken Rheinseite verlierenden Fürsten und Grafen. Basel 1798. 4. Mémoire sur les quatre départemens réunis de la rive gauche du Rhin, sur le commerce et les douanes de ce fleuve etc. Par J. J. Eichhoff, maire de la ville de Bonn (à Paris, an X. gr. 4.) p. 9-16, wo eine statistische Uebersicht der vier vereinigten Departemente etc. nach Roberjeot's Berechnung, geliefert wird. Eine ähnliche Abhandlung findet sich in dem ersten Bande der Annales de Statistique, welche unlängst (Floréal, an X.) zu Paris erschienen sind.

schen, und ungefähr 6 Millionen 800,000 Gulden Territorial-Einkünften.

Das *Reichskammergericht* verliert an jährlichen Beiträgen oder Kammerzieln, 21,600 Gulden, mit Inbegriff des Beitrags von 405 Rthlr. aus den österreichischen Niederlanden. Es hat daher beschlossen, vier Assessor-Stellen vacant zu lassen, bis die mit dem linken Rheinufer verlornen Unterhaltungsfonds wieder herbeigeschaft sind. Hiezu kommt noch, was das *teutsche Reich* an *Contingenten* oder Mannschaftstellungen und an *Römermonaten* künftig entbehren muß. Welche Einkünfte und andere Vortheile entgehen dem *kaiserlichen Fiskus*, dem *Reichslehnhofe*, der *Reichskanzlei*, den *Kanzleien* der beiden *Reichsgerichte*, den reichsgerichtlichen Agenten, *Prokuratoren* und *Advocaten*, dem Personale der allgemeinen *Reichsversammlung*, dem *Reichserbpostgeneralate*, den *Universitäten* auf der rechten Rheinseite, u. d. m.!

Wie mannichfaltig müssen die *Veränderungen* seyn, welche dieser grosse Verlust in der *Reichsverfassung*, in der Zahl und Benennung der Reichstagsstimmen, in der Verfassung der drey Reichscollegien, in den Beisizerstellen des Reichskammergerichtes, und in der *Kreisverfassung* zur Folge haben

wird! Welchen Einfluß wird er haben auf die deutschen *Regenten-Familien*, auf die *Territorial-* und *Kirchen-*Verfassung, bei den so wunderbar sich durchkreuzenden *Secularisations-* *Tausch-* *Cessions-* und *Ründungs-Projekten*? Wie groß und unübersehbar kann die *neue Schöpfung* seyn, welche statt *dieser* Projekte, aus dem jezigen Chaos der Kabinets-Politik vielleicht hervorgeht, in einem Zeitalter, in welchem ausserordentliche und unbegreifliche Ereignisse beinah alltäglich geworden sind! —

Sind die Veränderungen welche die neue Ordnung der Dinge hervorgebracht hat, und noch zur Folge haben wird, auf der *rechten* Seite des Rheins wichtig und groß; so sind sie es auf der *linken* gewiß nicht minder. Für die *Geschichte*, diese Experimental-Physik der Staaten, für *Staats-* und *Menschenkunde*, *Politik*, *Finanzwissenschaft*, *Handels-* und *Culturverhältnisse*, finden sich hier That-sachen, Versuche, Aufgaben, Erscheinungen, Resultate, welche die Aufmerksamkeit des Beobachters, wenn auch nicht immer befriedigen, doch in hohem Grade spannen.

Welche merkwürdige und auffallende Data liefert die *Geschichte der Revolutionirung auf der linken Rheinseite*! Und wie wenig kennt noch das Publi-

kum die geheimen Triebfedern, die wundersame Verkettung der Umstände, den Charakter der Personen, die hier wirkten! Wie steht es dort mit der *Administration* in allen Theilen der Staatsgewalt, sub- und objectiv, insbesondere mit der *Rechtspflege*, *Polizei*, *Handelspolitik*, mit der *Industrie*, mit den *Künsten* und *Wissenschaften*, mit der neuen *kirchlichen Verfassung*, mit der *sittlichen Cultur*? Treiben herrschsüchtige, übermüthige, selbstsüchtige, unwissende, leidenschaftliche *Staatsverwalter* ihr Wesen ungestraft? Finden sich dagegen *Biedermänner*, die durch treue Erfüllung ihres Berufs, sich, den Staat und die Menschheit ehren? Wie werden die von Frankreich übernommenen *Staatsschulden* *) der Länder hinter dem linken Rheinufer bezahlt? Wie ist der Zustand der *Forstverwaltung*, der öffentlichen *Wege* und *Sicherheit*, der *Zölle* und *Mauthabgaben*? Wie steht es mit dem Vorrath und Umlaufe des *baaren* und *Papiergeldes*, und mit dem *Zinsfusse*? Welches ist das System der *öffentlichen Abgaben*, und wie behagt

*) Die auf Belgien haftende österreichische Schuldenlast, ward auf 300 Millionen Livres, und 15 Millionen Livres jährliche Zinsen berechnet, nach der Anzeige des ehemaligen Directoriums an den Rath der fünfhundert. Frankreich hat diese Schulden übernommen. Oestreich erspart also jährlich jene 15 Mill. Zinsen.

es? Hat der *Wohlstand* der Städter und des Landmannes zugenommen, oder sich verschlimmert? Wie verhält sich der *Civilstand* zu dem *Militär*? Welche *Verbesserungs-Entwürfe* kommen zum Vorschein? Was geschieht für den *öffentlichen Unterricht*? Sind Fortschritte in der *Civilisation* und *Aufklärung*, und im *Kunstflesse* bemerkbar? Wie und wo äussert sich Rückkehr zu alten Formen, Einrichtungen, Titeln und Nepotismus?

Gewiss kann es keinem Deutschen gleichgültig seyn, wie es seinen Brüdern dieß- oder jenseit des Rheins ergeht; ob und wie viel sie, bei der politischen Metamorphose *gewinnen*, oder *verlieren*? Eben so wichtig und anziehend muß es seyn, die merkwürdigsten *Aeusserungen des Zeitgeistes*, nicht nur in *Teutschland*, sondern auch im *Auslande*, pragmatisch zu vernehmen und der Nachwelt aufzubewahren. Es giebt politische Ereignisse, die ein *allgemeines Interesse* für die Menschheit haben, und in demselben Verhältnisse universalhistorisch sind, in welchem sie bald mit dem Zeitgeiste, bald mit der Staatenweisheit, dem allgemeinen Staatsrechte und der Sittlichkeit, entweder contrastiren oder übereinstimmen. Es werden von Zeit zu Zeit Schauspiele eines *Kampfes zwischen den Regierungen und*

den Regierten aufgeführt. Manches Ereigniß, das auf den ersten Anblick, zumal für Uneingeweihte wenig Interesse hat, gewinnt durch originale Ansichten und Combinationen eines aufmerksamen und sachkundigen Beobachters. Fern sey jedoch jede Art politischer Vernunftschwärmerey, jedes leere Ideal, das durch seine innere Unmöglichkeit, in der Erfahrung zur Ungereimtheit wird!

Manchem muß es wünschenswehrt, wo nicht gar Bedürfnis seyn, über die oben verzeichneten und andere Gegenstände, seine Beobachtungen und Sammlungen dem Publikum mitzutheilen, und auch wohl seinem beklemmten Herzen Luft zu machen. Führt Wahrheitsliebe und Bescheidenheit seine Feder, wohlan, so wete er ohne Scheu in dieser Zeitschrift auf. Er sende seine Beiträge an eine von den auf dem Umschlage genannten Verlagshandlungen (inwendig, unter versiegeltem Couvert, mit der Aufschrift: an die Redaction der rheinischen Staatsanzeigen) und rechne, wo es nöthig ist, oder verlangt wird, auf die strengste Verschwiegenheit. Auch wird einer von den Herausgebern den Correspondenten, auf Verlangen, sich zu erkennen geben.

Unparteilichkeit und *anständige Freimüthigkeit* sollen diese Zeitschrift auszeichnen. Jeder Theil

werde gehört. Schatten und Licht stehen nebeneinander. Die Herausgeber gehören hier durchaus keiner Partei an. Sie bestimmen weder Amt, noch Neigung, noch Blutsfreundschaft, noch ökonomische Verhältnisse für irgend eine Partei. Ihr Streben ist einzig: *Wahrheit* und *Gerechtigkeit*. Längst gewohnt, ihr Urtheil erst dann zu bestimmen, wenn sie beide Theile angehört, und beider Gründe gewissenhaft geprüft haben, können sie den Versuchungen des Parteigeistes so leicht nicht unterliegen. Anders, als durch Thatsachen und Gründe, versuche es Niemand, sie für sich zu gewinnen. Sie belebt die Hofnung, der Menschheit, insonderheit ihren Zeitgenossen, hier durch Aufbewahrung wichtiger Thatsachen, durch Entdeckungen, Untersuchungen und Resultate nützlich zu werden. Aber die beschränkte Sphäre ihrer unmittelbaren Erfahrung, und das Bedürfnis des richtenden Publikums, eine Menge von Thatsachen und Wahrnehmungen vor sich zu haben, macht ihnen die *Beiträge* von Andern, sofern sie mit dem Stempel der Wahrheit und Aufrichtigkeit bezeichnet sind, wichtig und nothwendig.

II.

Ü b e r

den Secularisations-

und

Entschädigungs - Proceß.

Certus abest auctor, sed vox hoc nunciat omnis.

Credo tibi; verum dicere, Fama, soles.

MARTIALIS.

Die Geburtsschmerzen, von welchen die bedrängte *Germania* nun schon so lange unbarmherzig gequält wird, um, gegen ihren Willen, eine *Secularisation* zur Welt zu bringen, haben dießmal sicher ihren Grund nicht in irgend einer Verletzung des Cölibatgesetzes der römischen Kirche. Noch weniger hat eine Umarmung des Oberconsuls mit der päpstlichen Curie, die seit kurzem das Gespräch aller gebildeten und ungebildeten Cirkel in Europa ist, Gelegenheit zu diesem angstvollen Kreisen gegeben. Die Zeit muß aber auch erst noch enthüllen, ob es *falsche*, oder *ächte* Wehen sind? Scheint doch sogar die Dame selbst, ihres gesegneten Zustandes noch ungewiß zu seyn! Auf jeden Fall hat sie sich verrechnet, und sehr viele wollen daher schon jezt nicht nur an der *Rechtmäßigkeit*, sondern auch an der *Tüchtigkeit* und *Lebensfähigkeit* der jungen

Tochter zweifeln, deren Erscheinung so viele fürchten, während so mancher um sie buhlt, ehe sie noch das Licht der Welt erblickt hat. Ob nicht der Cardinal-Legat *Caprara*, dieser bewährte, schlaue und leise tretende Curialist, aus der politischen *materia medica* Sr. päpstlichen Heiligkeit und der französischen Republik, drastische Mittel verschreiben wird, oder schon verschrieben hat, deren sichere Wirkung eine *unreife* Geburt seyn soll? Ob wohl die, welche die Entbindung von einer *gesunden* Tochter, längst mit Sehnsucht erwarten, die Zwischenkunft eines *solchen* Geburtshelfers, mit ihrem politischen Scharfblick gewahrten? Wenigstens hat sich bis jezt weder ein deutscher Gilrey, der die Scene durch ein Zerrbild, noch ein Witzbold, der sie durch ein Spottgedicht verewigte, gefunden.

Ohne Bild: das *Problem der Secularisation* ist sicher eines der schwersten zu lösen. Dafs die Secularisationslustigen Anfangs wähten, es sey äusserst leicht, dafs sie die innern Schwierigkeiten der Sache nicht ahndeten, und jeden Zweifel mit Verachtung abwiesen, war eine Folge ihres Eifers für Entschädigung und Vergrösserung, und zugleich ein Beweis, wie bei dem politischen Kalkul oft, selbst in Kabinetten, die Rechnung ohne den Wirth gemacht wird. Auch die Staatenweisheit fährt nur mit halbem Segel einher, wenn Leidenschaft und Uebereilung am Ruder mitwirken. An eine Einwirkung der *Politik* des neuesten Alliirten der französischen Republik, des

heiligen Vaters, dem jede Secularisation ein Schnitt in das Fleisch ist, scheint man vorhin nicht gedacht zu haben. Und doch ist nichts wahrscheinlicher, als daß der Cardinal Caprara, zu Paris seinen ganzen Einfluß und alle ihm eigene politische Gewandheit anwenden werde, oder schon angewandt habe, um dem Secularisationsplan neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Das ahnden aber viele noch jetzt nicht. Hat man doch die verschiedenen Theilungen von Polen vor Augen! Wie leicht diese von statten giengen! Aber freilich unter ganz heterogenen Umständen. Da waren die Aequivalente leichter zu schneiden, die Zahl der Theilenden und das gegenseitige Verhältniß ihrer Macht ganz anders, der Widerstand gegen die Theilung weit unbedeutender, als bei der projektirten Secularisation.

Der Friede von *Lüneville* hat den einfachen Satz aufgestellt: „die Erbfürsten, welche auf der linken Seite des Rheins ihre Besitzungen verloren haben, sollen vom teutschen Reiche entschädigt werden, auf teutschem Boden, nach den (Secularisations-) Grundsätzen, welche auf dem rastadter Congress angenommen worden sind.“

Damit war also die *Eröffnung des Secularisations- und Entschädigungs-Concurs-Processes* beschlossen. Nichts war leichter, als dieser Beschluß: nichts ist schwerer, als die Ausführung. Nun entstanden die Fragen: *Wer* soll entschädigt werden? und *wofür?* welche geistliche Wahlstaaten sollen in

die Theilung fallen? *wie viel* ist der *reine Ertrag* eines jeden Bestandtheils der Entschädigungs-Masse? *wie viel* beträgt der wahre *Verlust* eines Jeden, der entschädigt werden soll? *wie viel* soll ihm aus der Concurs-Masse zugetheilt werden, und *wo* soll er es erhalten?

Die *Gläubiger* melden sich in Menge; es erscheinen bekannte und unbekannte. Hatte man doch selbst im Frieden von Lünéville, den Großherzog von *Toscana*, mit seiner *ganzen* ungeheuern Forderung, an die *teutsche* Concurs-Masse gewiesen! *Hannover* macht festen Anspruch auf Hildesheim, Osnabrück und Corvey, ohne sich deshalb auf eine ihm gebührende Entschädigung zu beziehen; es glaubt, wenn es zur Theilung kommen sollte, ältere und bessere Ansprüche darauf zu haben, als jeder andere. Erhielt nicht sogar der *Erbstatthalter*, wegen seines in Holland erlittenen Verlustes, eine *Assignment* auf Teutschland. Wer kann wissen, wieviel ähnliche Anweisungen noch erfolgen werden, da erst neuerdings *Kurpfalz* und *Darmstadt* wegen ihrer überrheinischen Domänen und Privatbesitzungen, ja sogar die *batavische Republik*, zu Paris dergleichen ausgewirkt haben! Wird man nicht auch noch den *französischen Prinzen*, wo nicht gar dem französischen *Kronprätendenten*, wenigstens einen *Kreditbrief* auf Teutschland geben? Und welche *Austauschungen*, *Abtretungen* und *Rüindungen* wird mancher Hof zu Bedingungen der Secularisa-

tion machen wollen? Die politischen und geographischen Verhältnisse zwischen *Oestreich*, *Baiern*, *Hannover*, *Preussen* und *Frankreich*, nur von der Aussenseite betrachtet, lassen auf Manches schliessen, was im Innern der Kabinete so leicht nicht zu beseitigen seyn wird.

So viel geht auf jeden Fall, aus der ganzen bisherigen Secularisationsgeschichte hervor, daß alle Entschädigungswechsel, die Bonaparte auf Teutschland ausgestellt hat, *langsichtig* sind. Wie, wenn sie am Ende, in Inscriptionen sur le grand livre verwandelt würden? Als im Februar des vorigen Jahres, nach Abschluß des Lünéviller Friedens, dem Minister eines teutschen Hofes, der zu grossen Entschädigungen sich Hofnung macht, diese Besorgniß nur leise geäußert ward, erklärte dieser solche mit Heftigkeit für eine politische Blasphemie, weil längst binnen zwei Monaten Alles *vollzogen* seyn werde. „Gut“, erwiederte der Prophet, „davon sprechen wir heute über ein Jahr“!

Ein und dreissig Fürsten, und *drei und vierzig Reichsgrafen*, (*salvo errore calculi*) die vielen Mitglieder der *Reichsritterschaft* ungerechnet, melden sich, als Hauptgläubiger, zur Liquidation. Auch das *Reichskammergericht* sollte billig, in der ersten Classe, entschädigt werden.

Die *Liquidation* des *Verlustes* aller Prätendenten, hat unübersehbare Schwierigkeit. Die Reichstags- und rastadter Congressverhandlungen, und

das Heer von Drukschriften, welche in dieser Absicht erschienen, sind voll von Angaben, Widersprüchen, Taxationen, Kontestationen u. d. Wie kann ein Liquidum des Verlustes hergestellt werden, wenn nicht zuvörderst festgesetzt wird, *wofür* Entschädigung geleistet werden soll? Bekannt genug ist, daß die *Territorial*-Einbusse nicht die einzige sey, welche auf der linken Rheinseite erfolgt ist. Domänen und Privatbesitzungen, Mobilien u. d. werden auch in Ansatz gebracht. Preussen fordert überdem seine mainzer Belagerungskosten, die jenseit Rheins seither entbehrten Einkünfte, und die Kosten der Demarcations - Armee.

Wäre aber auch, mit vieler Mühe, das *Wofür* hinlänglich festgesetzt; so müßten dann die Gläubiger Mann für Mann zur *Liquidation* schreiten. Mit summarischen und unbescheinigten Angaben kann man sich da nicht begnügen. Eine genaue *Specification*, mit glaubwürdigen *Belegen* documentirt, wird erfordert. Die Rechnung bedarf einer *Revision* und *Iustification*. Wer soll diese übernehmen? Etwa der *Contradictor*? Doch, dieser wird sich am ehesten finden, und zwar in der mehrern Person. Jeder von 76 Prätendenten, wird 75 Contradictoren gegen sich haben. Seyen ihrer auch nur halb so viel; jeder will gehört, jedem will geantwortet seyn.

Eine weitere unvermeidliche Operation ist die *Constitution* der *Concurs*- oder *Entschädigungs*-

masse. Erstlich, *welche* Erz- und Bisstümer, Stifte, Abteien und Klöster sollen *secularisirt* werden? Dann, *welche* geistliche Kurfürsten und Fürsten sollen ihre reichsständische und Territorial-Existenz behalten? *Wo und wie weit*, und in *welcher Art* soll diese fernerhin statt finden? Wie vielfach und verwickelt sind nicht hier die Forderungen der Einzelnen, die Intercessionen und Interessen anderer Höfe, Mächte und Familien, die Convenienz des deutschen Staatskörpers, wenn anders dieser in seiner politischen Integrität erhalten werden soll? Weiter entsteht die Frage: *ob* auch *Reichsstädte*, und *welche*, imgleichen *ob* Güter, oder Cantone der *Reichsritterschaft*, und *welche*, zur Masse gezogen werden sollen?

Endlich, wenn *alle* Entschädigungsobjekte hinreichend ausgemittelt und verzeichnet sind, muß man den *Werth* eines jeden einzelnen festsetzen. Hier wird zuvörderst der *reine Ertrag* eines jeden, nach einem mehrjährigen Durchschnitte bestimmt werden müssen, welches wieder nicht ohne *revidirte* und *justificirte Berechnung* geschehen kann. Dabei treten abermal die schon oben erwähnten Schwierigkeiten ein.

Aber noch mehr! Nach dem *bisherigen* reinen Ertrage, insonderheit der geistlichen Staaten, werden die Contradicenten den Werth der Objekte nicht wollen bestimmen lassen. Wie viel kann dem

neuen Erwerber dieses oder jenes Land *mehr* werth seyn, als unter der vorigen Administration? Eine bessere Verwaltung der Finanzen, ein neues oder verändertes Abgaben-System, eine Vermehrung des Militär - Etats, der in geistlichen Ländern seither meist unbedeutend war, die Belebung des Gewerb-fleisses, der Anbau wüster Strecken, die Anlegung neuer Kanäle, die bessere Benützung der Schifffahrt, die Beförderung des Handels, die Aufhebung und Veränderung geistlicher Corporationen, Präbenden und Stiftungen, die Ründung des Gebietes durch Vereinigung der neuerworbenen Staaten mit den alten des Erwerbers, das hiedurch veränderte Macht-verhältniß zu den Nachbarn, und tausend andere, wahre oder eingebildete, mögliche oder wirkliche Vorthteile, werden die Contradicenten dem neuen Erwerber in Aufrechnung bringen wollen; der *Compensationen*, *Gegenrechnungen* und *Occupationen* nicht zu gedenken, von welchen man bei dem Entschädigungsgeschäfte hie und da schon gesprochen hat. Also Gegenstände genug zu neuem Zwiste!

Dafs die Entschädigungs-Masse bei weitem *nicht hinreichend* sey, *alle* Prätendenten vollständig zu befriedigen, leuchtet auf den ersten Anblick ein. Also ist der *Concurs* unvermeidlich. Die namenlosen Schwierigkeiten der Constitution der Masse sowohl, als der Liquidation der Forderungen bei Seite gesetzt, wird nun einem *Prioritäts-Streite* nicht auszuweichen seyn.

Hier treten Gläubiger auf, die sich für *privilegirte* ausgeben, während andere ihnen diese Eigenschaft streitig machen. Aber selbst die sogenannten privilegierten, räumen sich nicht gegenseitig ihre Privilegien ein. Einige widersprechen solche ganz; andere wollen wenigstens verschiedene *Classen der privilegierten* festgesetzt wissen, indem sie für manche ein *Privilegium mit Vorzugsrecht* behaupten. Tractaten, politische und Familien-Verbindungen, Fürsprache auswärtiger Mächte, eigene Machtverhältnisse, Verdienste um die französische Republik u. d. sind die Titel, auf welche diese Privilegien gegründet werden wollen. Einer wird sogar als *Separatist* auftreten; der Großherzog von *Toscana*. Diesem ist in dem Lünéviller Frieden, den das *Reich* ratificirt hat, eine *vollständige und gänzliche* Entschädigung für seine italiänische Staaten, in Teutschland feierlich zugesagt worden. Er wird also *jure separationis* befriedigt seyn wollen.

Preussen, Baden, Kurpfalz, Hessen-Cassel und Darmstadt, Oranien, die *batavische Republik, Wirtemberg* und einige andere, haben theils eigene Verträge mit Frankreich, in Betreff ihrer Entschädigung errichtet, theils beziehen sie sich mit und ausser diesen, auf andere oben angeführte Titel. Die *übrigen* Prätendenten würden sich wohl müssen gefallen lassen, als *Chirographarien* oder gemeine Gläubiger in die letzte Classe locirt zu werden; und da findet man selten viel Trost. *Ihre*

Location wird weniger Schwierigkeit finden, als die Classification der sogenannten *privilegirten* Präten-
denten. Wenn doch *nur für diese* die Masse zureich-
te, dann wäre wenigstens äussere Ruhe zu hoffen;
die Chirographarien würden sich, wie man sagt, mit
dem leeren Nachsehen schon beruhigen *müssen*.
Man versuche doch vorerst, diesen Prioritäts-Streit
zu endigen, da die Insufficienz der Masse klar zu
Tage liegt! —

Doch, diesen Streit wird das *Locations-Urteil*
entscheiden, welches jedem Gläubiger seine Stelle
anweist. Wer soll dieses verfassen? Niemand an-
ders, als die *Omnipotenz*. Diese allein hat hier die
Competenz des Gerichtsstandes. Aber *wo* darf man
dieses Tribunal suchen? Zu *Regensburg* nicht; da-
rinn stimmen Alle überein. Ob zu *Paris*, oder wo
sonst im Universum? scheint bis jezt, wenigstens in
Thesi, noch nicht ausgemacht. Hier entstehen auf
allen Seiten Jurisdictions-Conflicte. Ihre Entschei-
dung möchte schwerlich anderswo zu erwarten seyn,
als vor dem *allgemeinen Völker-Tribunal* Hein-
richs IV, wohin am Ende, bei der unverkennbaren
Verwicklung des Jurisdictions-Streites, der ganze
Secularisations- und Entschädigungs-Concurs-Pro-
cess, sey es auch nur aus dem Grunde versagter oder
verzögerter Justiz, devolvirt werden würde. Sollte
es wirklich zu einer Organisation dieses Tribunals
kommen; so hätte Europa den leidigen Revolutions-
krieg nicht zu blutig geführt, und den Frieden nicht

zu theuer erkaufte. Auch wäre das Opfer, welches die katholische hohe Geistlichkeit deutscher Nation, durch die Secularisation bringen soll, nicht zu kostbar, sondern wahrhaft christlich. Denn es wäre die glückliche Veranlassung, die schönen Ideen des Abtes von St. Pierre, des von Lilienfels, des alten Weltbürgers Sirach und des scharfsinnigen Kant, in Ausführung zu bringen; es wäre dann, zum Heil der Menschheit, das politisch-philosophische Idealwerk eines ewigen Friedens glücklich realisirt.

Das allgemeine Völker-Tribunal wäre es also, welches hier seine ganze Wirksamkeit müßte eintreten lassen. Es müßte

1) die Entschädigungs-Masse vor allen Dingen richtig stellen, dann

2) die Quantität des Verlustes und

3) der Forderung eines jeden Prätendenten bestimmen,

4) jedem das Quantum und den Ort seiner Entschädigung anweisen, endlich aber

5) diese Classification und Distribution zur Vollziehung bringen.

Es sey nun, daß ein solches Tribunal auf einem *allgemeinen Congresse* wirklich zu Stande gebracht würde, oder daß man dasselbe, zu Ersparung der Zeit und Kosten, durch *Hermes Bonaparte*, der wohl auch hier zum Oberpräsidenten zu ernennen wäre, wollte repräsentiren lassen; so würde man

doch endlich zum Ziele gelangen, und neue Kriege vermeiden.

Hermes Martia seculi voluptas;
 Hermes omnibus eruditus armis;
 Hermes et gladiator et magister;
 Hermes gloria Martis universi;
 Hermes omnia solus, et ter unus.

(Martialis).

Dafs der *Weg der Unterhandlungen*, in der Art, wie er bisher gewählt worden, zu dem Ziele nicht führe, läfst sich doch nun aus der Erfahrung abnehmen, wenn auch ohne diese, nicht die evidentesten Gründe schon längst *diesen* Weg hätten widerrathen sollen. Von allen Argonautenzügen, die in dieser Absicht nach *Paris* gemacht werden, wird nie ein Jason mit dem goldnen Vlies zurückkommen. Auch sollte nie übersehen werden, dafs das Interesse der französischen Republik weit eher eine cistrhenanische Filial-Republik zulassen, oder veranlassen werde, als die Festsetzung neuer unmittelbarer Berührungspuncte zwischen ihr und irgend einer grossen Macht, durch Secularisation und Entschädigung. Dieses zu verhindern, bedarf es, auf Seite Frankreichs, durchaus keines künstlichen Zögerungs-Systems in der Entschädigungs-Sache; es dürfen nur die natürlichen Hindernisse, die zahlreich genug aus der Sache hervorgehen, verbunden mit der tatonnirenden und temporisirenden Politik mancher Prätendenten, auf die einfachste Art be-

nützt werden. Vielleicht hat Bonaparte noch nirgend mit so leichter Mühe seinen politischen Zauberstab geschwungen, als in dieser Angelegenheit.

Unter solchen Umständen ist nicht abzusehen, wie es zu einer *rechtlichen* Ausgleichung der Secularisations- und Entschädigungs-Prätensionen kommen könne. Sie wäre auch zu *pedantisch* für die, welche nach Eingebungen der sogenannten höhern Politik zu urtheilen und zu handeln pflegen. Ist denn aber zu einer *gütlichen* Auseinandersezung bessere Aussicht? Tausend schöne Träume und die feurigste Phantasie, wodurch manche Staatsmänner sich auszeichnen und beliebt zu machen streben, werden nicht im Stande seyn, dieses Luftgebilde in die Wirklichkeit hinüberzuzaubern. Wo Interessen und Leidenschaften der Mächtigen sich so sehr, wie hier, durchkreuzen, wo die Erwartungen so gespannt, die Forderungen und ihre Gründe so vielseitig sind, und gleichwohl ein merklicher Nachlaß auf allen Seiten so billig und notwendig wäre, da ist an *freiwillige* Übereinkunft schwer zu denken. Wollte aber irgend ein Prätendent, was kaum zu besorgen ist, auf den unglücklichen Gedanken gerathen, von dem *Rechte des Stärkern* einseitig Gebrauch zu machen; dann würde Er, dann würde Teutschland für dieses Wagestück, allem Ansehen nach, schwer büßen müssen.

Manche tragen sich wohl mit dem Gedanken, daß Alexander *Bonaparte* den Knoten, nachdem er

ihn hinlänglich geschürzt, endlich zerhauen, und die Theile in Pausch und Bogen bestimmen werde. Ob Frankreichs Politik, ob des Consuls Klugheit, einen solchen Gewaltstreich zulassen werde? — darüber läßt sich wenigstens jezt noch nicht urtheilen. Bei der jezigen Lage der Dinge, scheint es nicht glaublich.

Aber auch ohne diese ganz sonderbare Lage der Dinge, müßte zuvörderst die Vorfrage bis zur Evidenz entschieden werden: ob es denn der jezigen, so wie der ehemaligen Directorial-Regierung in Frankreich, mit dem Secularisations-Entschädigungs-Projekte *jemals wahrer Ernst* gewesen sey? Diese Frage, so unbedingt wichtig sie auch ist, scheint doch selbst von Secularisations-Interessenten vielfältig ganz ausser Acht gelassen zu seyn. Was man ernstlich wünscht, das hofft man; und dann sind Schwierigkeiten in der Ferne, wahre Kleinigkeiten.

Der Lünéviller Friede und die rastadter Congressverhandlungen begründen allerdings das Princip der Entschädigungen, durch Secularisation. Aber der französischen Regierung konnten schon damals die *innern* Schwierigkeiten nicht entgehen, die der *Ausführung* dieses Plans so mächtig entgegenwirken. Darum ist jenes congress- und friedensschlußmäßige Princip bis jezt mehr nicht, als ein blosser *Scheingrund* für die Ausführung. War es von den französischen Machthabern schon damals nicht ernstlich gemeint, so konnten sie (ja sie mußten vielleicht,

ihrer Politik zufolge) ganz unbedenklich das Princip im Frieden aufstellen, und durften bei der Ausführung, um diese zu hindern, sich der *That* nach nur *leidend*, den *Worten* nach hingegen immer theilnehmend und thätig verhalten. Dann war die grosse Kluft zwischen Theorie und Praxis, auch in dieser Angelegenheit unwiderstehlich gebildet. Wollte Frankreich die Illusion vollenden, und auch die fernere Leitung der Entschädigungs-Verwirrung beibehalten, so durfte nur, was sehr leicht war, Paris zum Mittelpunkte der Entschädigungs-Negotiation gewählt werden.

Nun frage man sich doch: was hat denn die französische Regierung bis diese Stunde, in der ganzen Entschädigungs-Sache anders gethan, als ein Verwirrungs-Princip aufgestellt, zu dessen Ausführung sie thätig mitzuwirken sich das Ansehen giebt, während sie durch ihre eigene Thätigkeit den Knoten nur immer mehr schürzt. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat jene Verfahrungsweise, zur Zeit des Lünéviller Friedens, schriftlich und mündlich, vorausgesagt, worüber viele Zeugen vorhanden sind: aber ihm ward das Loos eines Propheten in der Wüste. Indefs fangen manche von den Starkgläubigen nun doch nachgerade an, in ihrem alten Glauben wankend zu werden. Bei diesen wird vielleicht die Bekehrung vollendet durch ein ganz neues Factum, das so sprechend ist, daß es keinen Zweifel mehr übrig lassen sollte. Hier ist es:

Die Consuln übersendeten, durch eine Deputation des Staatsrathes (Röderer, Berlier und Bruix) dem gesetzgebenden Corps, am 5. Mai d. J. den Definitiv-Friedens-Tractat mit England. Berlier mußte bei dieser Gelegenheit eine höchstmerkwürdige Botschaft der Consuln ablesen, von welcher viele behaupten, sie sey aus Bonaparte's eigener Feder geflossen. Dieses letzte ist ungewiß: desto gewisser aber ist sie aus seinem Geiste geflossen. Man kann sie als eine Encyclopädie alles desjenigen betrachten, was die Regierung glaubt, zu Herstellung des allgemeinen Friedens *erstlich* gethan zu haben, und *zweitens* entweder selbst unmittelbar oder durch andere, *noch thun zu müssen*. Unter dieser letzten Rubrik sollten doch wohl die *Entschädigungen* und *Secularisationen* in Teutschland, eine vorzügliche Stelle einnehmen. Aber nicht mit einer Sylbe wird ihrer erwähnt. Ungeachtet kein Staat in und ausser Europa übergangen ist, auf welchen der allgemeine Friede unmittelbaren Einfluß hat, oder noch haben soll, so figurirt doch *Teutschland* in dieser Reihe nicht, das beklagenswerthe Teutschland, welches leider eine Hauptrolle in der Kriegs-Friedens- und Leidensgeschichte gespielt hat, und in welchem gerade noch ein Hauptgeschäft abzuthun wäre, wenn es der französischen Regierung mit dem Abthun desselben wirklich, und nicht blos scheinbar Ernst wäre.

„Die Regierung,, heißt es in jener Botschaft, „überschickt Ihnen den Tractat, der den *letzten*

„Streitigkeiten in *Europa* ein Ende macht, und
 „das grosse Werk des Friedens *beschliesst*.“, Nun
 wird aufgezählt, was für Frankreich, die italiäni-
 sche Republik, Batavien, Spanien, Rom, Neapel,
 Etrurien, Lucca, Ligurien, in Amerika, Asien und
 Afrika geschehen *ist*: und was für die helvetische
 Republik, für die Republik der sieben Inseln und
 St. Domingo, zu Vollendung des grossen Friedens-
 werkes *noch geschehen soll*. Aber von *Teutschland*
 und den Entschädigungen, findet man — ne hilum
 quidem. Vielmehr schliesst die Regierung, zum
 deutlichen Beweise, dass sie in diesem Lande etwas
 Wichtiges, *für Andere*, auszuführen nicht geson-
 nen sey, mit folgenden Worten: „Viele Jahre wer-
 „den nun für uns ohne Siege, ohne Triumphe,
 „ohne die grossen *Negotiationen* verfliessen, wel-
 „che das Schicksal der Staaten entscheiden.“, Wer
 hierinn das Schicksal des Entschädigungs-Projektes
 nicht entdeckt, der hat Bonaparte's Proclamationen
 nur gelesen, und nie studirt.

Dagegen hat es wohl nicht an stillen Beobach-
 tern der Zeitereignisse gefehlt, die das Secularisa-
 tions-Projekt wie *Brand-* und *Pechfackeln* betrach-
 tet haben, die erst von den Franzosen in Teutsch-
 land geworfen worden, um ein allgemeines Feuer
 anzuzünden. So nagelneu ist es indess nicht. Schon
 Friedrich II. gab es, in seinem Briefwechsel mit Vol-
 taire, in den Jahren 1743, 1767 und 1775 an. Den-
 noch hob der staatskluge Mann in seinen eigenen

Staaten auch nicht das geringste Kloster auf. Dem Papste, als er den Jesuitenorden aufhob, liefs vielmehr der Marchese di Brandenburgo, Sovrano di Prussia (wie der König damals in dem Diario di Roma, der päpstlichen Hofzeitung, genannt zu werden pflegte) erklären, dafs er den Jesuitenorden in Schlesien bei seinen Rechten in Schlesien schützen werde. „Ich habe, schrieb er, niemals bessere Geistliche in jeder Rücksicht gefunden. In dem Traktate von Breslau habe ich den Status quo der katholischen Religion garantirt, und der heilige Vater kann mich nicht dispensiren von der Obliegenheit, mein Wort zu halten, und von der Pflicht eines ehrlichen Mannes und Königs.“

Meinte doch selbst *Dumouriez*, in seinem Tableau speculatif de l'Europe, es könne bei einer Ausführung des Secularisations-Projektes, leicht dazu kommen, dafs über der Theilung der Beute, die Theilenden sich selbst aufreiben. Ein Ungenannter prophezeihte sogar im Jahre 1798, die Secularisirung möge leicht das Signal zu einer allgemeinen cislemanischen Zerrüttung und Revolutionirung geben; sie sey ein Zankapfel, den wahrscheinlich ebendesswegen die damaligen französischen Machthaber unter die Teutschen geworfen hätten.

Ein anderer, ein rheinischer Klubist, schrieb im Febr. 1798: „es ist den Despoten eine Atzung bereitet, die sie gewifs herbeilocken wird. Pfaffenfleisch, Pfaffengüter, sind der Köder, den ihre

„hungrigen Rachen begierig verschlingen werden,
 „und husch haben wir sie im Fangeisen. Aber die
 „d . . . T . . . bilden sich ein, daß wir der F . .
 „Brut zu Liebe, ihnen die Pfaffen zur Speise ge-
 „ben, damit doch *diese* nicht untergehe, oder
 „Mangel leide.“

Wenn gleich hier die Sprache empörter Leiden-
 schaft herrscht, so entgeht doch dem ruhigen Beob-
 achter nicht, was damals eine gewisse französische
 Partei unter dem Secularisations-Projekte sich dachte,
 wenn sie auf die Vorthelle des Krummstabes für die,
 welche daran gewöhnt sind, auf ein *ça ira* der
 Geistlichkeit und des stiftmäsigen Adels, und selbst
 auf einen unvermeidlichen Zwist der weltlichen
 Theilherren unter sich, so zuversichtlich rechnete,
 daß sie diese selbst schon in die Theilung fallen zu
 sehen glaubte, und ihnen nur noch das Privilegium
 der Polyphems-Höle d. h. zuletzt gefressen zu wer-
 den, einräumen wollte. So weit wird es nun hof-
 fentlich nicht kommen!

* * *

Nachschrift der Herausgeber.

Vorstehender Aufsatz, der schon im Mai dieses
 Jahres geschrieben ist, wird vielleicht Manchem zu
 spät zu kommen scheinen, in einem Zeitpunkte
 (Jul. 1802), wo man mit jedem Tage die Ausführung
 des Entschädigungsplanes erwartet, und wo schon
 öffentliche Blätter die preussischen Truppenabthei-

lungen, ihre Befehlshaber und künftige Standquartiere benennen, welche von preussischer Seite hiezu bestimmt seyn sollen. Dessen ungeachtet haben wir kein Bedenken getragen, diesen Aufsatz aufzunehmen. Verhüllt doch die Zukunft ein dichter Schleyer! Offiziell ist bis jezt keine detaillirte Nachricht öffentlich mitgetheilt worden; und Zeitungssagen sind selten zuverlässig. Gesetzt aber auch, die Ausführung des Secularisations- und Entschädigungsplanes würde noch während des Abdruckes dieses Heftes *angefangen*: so kann es doch nicht anders, als interessant seyn, hier gleichsam eine Encyclopädie der widerstrebenden Kräfte zu lesen, und dann nach dem, was wirklich geschieht, die Beobachtung zu machen, *wie*, *wo* und von *Wem*, die zahlreichen Schwierigkeiten besiegt werden, deren Übersicht hier zu lesen ist.

III.

Pfalzneuburgischer Landtags - Abschied

vom Jahre 1802.

Die jetzige kurpfälzische Regierung hat sich gleich Anfangs durch Handlungen angekündigt, welche die Aufmerksamkeit von Europa auf sich zogen. Seitdem hat sie ihren Plan ohne Unterlaß, selbst unter dem Geräusche der Waffen, standhaft verfolgt. Unter die merkwürdigsten Erscheinungen aus Baiern, gehört der *Landtagsabschied des Herzogthums Neuburg*, vom 10 Jun. 1802, den wir hier dem Publikum vollständig mittheilen. Wie da für den Staatshaushalt landesväterlich gesorgt wird! Welche Saaten für die Nachkommen! Welche Fürsorge für den öffentlichen Unterricht, für vernünftige Aufklärung des Volkes, für Minderung des menschlichen Elendes! Welch ein Beispiel von Eintracht zwischen dem Landesherrn und der Landschaft! Wie beide wetteifern, das Land zu beglücken, und nur Ein Interesse zu kennen! Möchten wir im Stande seyn, dem Publikum bald ähnliche Erscheinungen aus andern Ländern, und insbesondere aus einem benachbarten Herzogthum, anzukündigen!

Zu wissen! demnach der durchlauchtigste Fürst und Herr Herr Maximilian Joseph, Pfalzgraf bey Rhein, in Ober- und Niederbaiern Herzog, des Heil. röm. Reichs Erztruchseß und Churfürst etc. etc. sich gnädigst bewogen gefunden haben, nach dem verfassungsmässigen Herkommen, und nach dem Landtagsabschied vom 2ten März 1796. zur neuerlichen Regulirung der nöthigen Staatskonkurrenz, und zur Übernahme und Fundirung der seit dem ebengedachten Landtag, wegen den obgewalteten Kriegsumständen angewachsenen Schulden, wie auch zur Bezweckung neuer, für das Beste des Landes, und für die Wohlfahrt der Unterthanen, nothwendiger und nützlicher Anstalten, auf Montag den 3ten May einen gröfseren Landtagsausschuß einberufen zu lassen; so ist von dem zu dieser Landtagshandlung gnädigst abgeordneten Kommissär, dem churfürstlichen Kämmerer, wirklichem geheimen Staats- und Konferenzminister, des Ordens des heil. Hubert Rittern, und des Johanniter-Ordens Großkreuzherrn, Reichsfreyherrn von *Montgelas*, nach vorgegangenen gewöhnlichen Feyerlichkeiten, dem versammelten Ausschusse der Stände die geeignete Proposition gemacht, und nach reifer Überlegung des gegenwärtigen Abschiedes, folgendes festgesetzt und verglichen worden.

Erstens, solle von dem gegenwärtigen Jahre an *auf weitere sechs Jahre* aus den zum ehemaligen *Kommissariatsfond* bestimmten Staatsgefällen,

nehmlich aus den *Steuern*, aus dem *Umgelde*, aus dem *Bräuhaus* - und *Mühlertrage*, und aus dem 1782ten *Landtagsfond* zur *Staatskonkurrenz* jährlich einmal hundert, zwey und dreyßig tausend Gulden, in monatlichen gleichen Raten entrichtet, und nebstbey aus eben diesen Gefällen der *Sekuritätsbeitrag* zum churfürstlichen Kriegszahlamt, der *Unterhalt der Kasernen*, das *Sportelsurrogat*, die herkömmliche *Besoldungen*, und alle übrige aus der Kommissariats- und 1782ten Landtagskassa bestrittene Ausgaben, ganz allein berichtet, und bezahlt, auch hievon wegen dem noch bestehenden Parfsbergischen Kaufschillings-Vorschufs-Rest, wegen welchem das weitere hienach vorkommt, kein Abzug gemacht werden, woraus von selbst fließt, daß keine von obigen Gefällen bisher bestrittene Ausgabe auf die churfürstliche Kammergefälle hinübergeschoben, sondern vielmehr der Ertrag dieser letzteren nach Abzug der lediglich dahin geeigneten Ausgaben zur Zentralkasse rein eingesendet, und deßwegen zwar alles von der Landesdirektion in ihrer gegenwärtigen Eigenschaft fortan administriert, jedoch über die Kameralrevenüen, und diejenige Gefälle, welche vorhin zu dem eingeführten Kommissariat geflossen waren, abgesonderte Rechnungen gestellt, auch von beeden ein abgesonderter spezifischer Extrakt monatlich zur höchsten Stelle eingesendet werden solle; wobey zugleich die höchste Gesinnung dahin geäußert worden ist, daß auf

die Steuern, das Umgeld - und die 1782te Landtagsgefälle, keine neue Ausgaben gebracht, sondern nur die nach dem 1796iger Landtagsabschied hierauf angewiesene Ausgaben, und Zahlungen aus diesen Gefällen bestritten werden sollen.

Zweytens, werden ausser den schon in dem 1796igsten Landtage übernommenen, und festgesetzten *Schulden*, nachfolgende auf die oben genannte Steuer - Umgelds - und Bräuhausgefälle mit der Hauptsache, und den Interessen *angewiesen* und *fundirt*, nämlich:

a) Die an dem Herrschaft Parfsbergischen Kaufschillings-Vorschusse noch haftende einmal hundert, sieben zehn tausend Gulden, indem der übrige grössere Theil bereits ganz allein von den Kammeralgefällen abgeführt worden ist.

b) Das allgemein ausgeschriebene, und zum Fond der allgemeinen Requisitionskasse gewidmete Bräuhausanlehen von ungefähr zwölf bis vierzehn tausend Gulden, wovon jedoch die Ausstände noch beyzutreiben, und zu der eben gedachten Kassa einzusenden sind.

c) Das zu den sechs Millionen der französischen Kontribution verwendete gräflich Oberndorfische Depositum mit siebenzig tausend vier hundert neun und fünfzig Gulden, sechs Kreuzer, und die eben dahin verwendete gerichtliche Depositen mit zwölf-tausend, dreyhundert acht Gulden, drei Kreuzer,

indem das Anlehen des v. Zwanziger in der Zwischenzeit bereits vollkommen bezahlt worden ist.

d) Beytrag zu Dotirung der allgemeinen Requisitionskasse einmal hundert tausend Gulden, von welchen jedoch die von den Honoratioren und Privaten in Neuburg gemachte Vorschüsse per 13684 fl. 47 kr., die Vorschüsse vom Adel, von den Pfarrern, und Gerichtsgemeinden innerhalb der bestandenen Militärlinie per 42741 fl. 51 kr., und die Anlehen der Unterthanen außerhalb der Linie mit 43516 fl. 25 $\frac{1}{2}$ kr., wie auch derjenige Betrag, welcher von den Individuen der Landgerichte Höchstädt, Lauingen und Gundelfingen, von dem ersten von dem französischen General Lecourbe gefoderten, und nachhin von dem General en Chef bey der allgemeinen Kontribution in Abzug gestatteten Betrag, Vorschüsse gemacht haben, vergütet werden, doch so, daß von allem diesem, und überhaupt allenthalben der verordnete mandatmäßige Kriegskostenvorschuss abgezogen, oder angerechnet werden muß, wobey ausdrücklich festgesetzt worden, daß, wenn sich in der Folge äußern würde, daß der oben gedachte von Höchstädt, Lauingen und Gundelfingen geleistete erste Vorschuss, dermalen noch einen größeren Betrag, als 30000 fl. ausmachen, und zu vergüten seyn sollte, dieser übersteigende Betrag noch sonderbar aus den Steuergefällen dotirt werden solle.

e) Die zu Bestreitung der Kriegskosten von dem Kommissariat seit dem letzten Landtag über die da-

mal fundirte Summe weiters gemachte Anlehen, und zwar im Jahre 1798 über bezahltes noch neun und zwanzig tausend zweihundert Gulden, und im Jahre 1799 über das bezahlte noch einmal hundert, vierzig tausend ein hundert und achtzig Gulden vierzig Kreuzer, zusammen einmal hundert, neun und sechzig tausend, drey hundert und achtzig Gulden, vierzig Kreuzer.

Drittens, zu Entrichtung der *Staatskonkurrenz* sowohl, als zu *successiver Abführung* der eben bezeichneten *Kapitalien*, und zu *Berichtigung der Interessen* sollen vom kommenden Jahre angefangen, die nächstfolgenden Jahre hindurch bis zum künftigen verfassungsmässig festgesetzten Landtag jährlich mit Einschluss der 1782ten Landtagsgefällen nebst dem bestehenden erhöhten Umgeld

Zwey und eine viertel gemeine Steuer,

Drey Kammersteuern,

Drey Gewerbssteuern,

Drey Inwohnersteuern,

Zwey Widumssteuern,

Eine Dezimationssteuer,

Eine und eine halbe Aversionssteuer, und

Eine und eine halbe Dominikalsteuer, mithin an den gemeinen Landsteuern zu Sublevirung des Bauernstandes, um $\frac{1}{4}$ Steuern weniger, als in den verflossenen Kriegsjahren ausgeschrieben, der Staatsbeitrag von den Ständen aber ungemindert fortgesetzt werden.

Auch soll, weil die Dotirung der allgemeinen Requisitionskasse keinen Verzug leidet, und die Kräften der Kassa in diesem Augenblicke keine so starke Anstrengung gestatten, eine dem oben bemerkten Dotationserforderniß gleichkommende Summe unter den möglichst besten Bedingungen aufgenommen werden; und diese zur Staatskonkurrenz, und Bezahlung der Schulden gewidmete Fonds werden während diesen Jahren mit keiner neuen dahin nicht geeigneten Ausgabe belästigt werden.

Viertens, ist in Erwägung der dringenden Nothwendigkeit, und der vielseitigen Vortheile, welche die *Herstellung eines verhältnismässigen Belegungsfußes* sowohl an sich, als in Bezug auf das gegenseitige Kräftenverhältniß der sämtlich churfürstlichen Staaten verschafft, festgesetzt worden, daß ein allgemeiner möglichst genauer Fuß, welcher sich auf die Quantität und Qualität, d. i. auf die Gröfse und Güte der steuerbaren Realitäten, und Nutzungen gründet, hergestellt, und zu dem Ende eine flurenweise Messung, bey welcher jedoch Acker, Wiesgründe, Waldungen, und öde- oder Waidgründe allzeit abgesondert bezeichnet werden, mit zur Grundnahme des baierischen Flächenmaasses von 40000 B. □ auf ein Tagwerk vorgenommen, und zugleich in Verbindung dieser Messung von allen Besitzern und Eigenthümern der Grundstücke, Zehenden, Häuser, Fischereyen, u. d. gl. eine spezifische Selbstfatirung, und Selbstschätzung über

Größe, Ertrag, und relativen Werth in der Eigenschaft als ein walzendes Stück dergestalt aufgenommen werden solle, daß jeder zugleich, die auf der Realität oder Nutzung haftende Bürden, als grundherrliche Abgaben, Scharwerk, Zehenden, Grundzinse, und eben so die der Realität zukommende Nebennutzungen, z. B. Gemeindsantheil, Holzrecht, u. d. gl. mitbemerken solle.

Eben so sollen alle diejenigen, welche einen Kanon, Gilten, Grundzinse, Scharwerk, und andere lukrative grundherrliche Rechte genießen, über den Ertrag, und Werth eigenhändig unterschriebene Verzeichnisse auf Art einer Selbstfatirung abgeben, und in allen diesen Fassungen soll das in jedem Orte gebräuchliche Maas zum Grund genommen, und in der Folge durch Sachverständige das allgemein geltende Maas an Jaucherten und Schäfl reduzirt werden.

Und da die gänzliche unbeschränkte Auflösung des Hoffusses, das heist, der bisher bestandenen Gütergebundenheit das Prinzip aller guten Kultur ist, und in der Art auch schon in vorgängigen Landtagshandlungen betrachtet wurde, so soll dieselbe nunmehr für alle Zukunft ausdrücklich und unwiderruflich festgesetzt bleiben.

Die gegenwärtig zu Besorgung des *Rektifikationsgeschäftes* niedergesetzte Kommission wird also nach Maas der ihr zukommenden Instruktion auf diesen Grundsatz besonders angewiesen, und soll

denselben mit allen daraus hervorgehenden Folgen zur genauesten Richtschnur bey ihren Arbeiten nehmen.

Zu dem nach obigen Grundsätzen vorzunehmenden *Steuerrektifikationsgeschäft* selbst soll eine eigene, und zum Beweifs, dafs es nicht auf Beeinträchtigung, oder Verkürzung der ständischen Rechte abgesehen seye, eine *vermischte Kommission*, und zwar in dem Landesdirektionspräsidenten, und Vizepräsidenten, zweyen Gliedern der Landesdirektion, und zweyen Gliedern der Verordnung niedergesetzt werden, welche den ganzen Umfang der auf dieses Geschäft sich beziehenden Arbeiten zu leiten, und zu besorgen hat.

Sobald aber das Geschäft selbst gehörig bearbeitet, und alles hergestellt seyn wird, sollen dieselbe Ausschufsglieder, welche dem gegenwärtigen Landtage beywohnen, zu vollständiger Gründung der Belegung einberufen werden.

Zu der Messung werden, um solche möglichst zu beschleunigen, zwölf Feldmesser, und zwar sechs für das Nordgau, oder Unterland, und sechs für das neuburgische Oberland, angestellt, und die Kosten werden zum Theil aus den Kameral- und zum Theil aus den Steuergefällen, jedoch aus den letzteren ein für allemal mit dreyfsig tausend Gulden zu jährlichen pro Ratis mit zehn tausend Gulden bestritten. Doch haben die Hofmarkts-Besitzer, wenn sie einen eigenen Schlofsbau inne haben, ihre Grün-

de auf eigene Kosten aus der Flur nach dem oben vorgezeichneten Maafsstabe herausmessen zu lassen.

Fünftens, ist in Ansehung des *Umgeldwesens* festgesetzt worden, daß es zwar bey der aufgehobenen Umgeldfreyheit sein Verbleiben haben, die Kompositionsbehandlung aber noch zur Zeit, in Betracht des in Vergleich mit anderen churfürstlichen Staaten wirklich schon bestehenden vorzüglichen Ertrages, so oft, und wo sie vorträglich ist, so lange beybehalten werden, bis nähere Experimente in den übrig churfürstlichen Staaten die vollkommene Aufhebung der Komposition anrathen werden.

Sechstens, ist in Betracht des höchstdringenden, und gebiethenden Staatsbedürfnisses, welches laut eine zweckmäßige Einrichtung, und eine vorzügliche Unterstützung des *deutschen Schulwesens* fordert, die Ermanglung anderer Quellen, und nach vorausgegangener landesfürstlicher Erklärung angenommen, und bestimmt worden, daß zu *Fundirung der neuburgischen deutschen Schulanstalten*, die ständischen Güter des Dominikaner-Ordens, und zwar zuvörderst der weiblichen Stiftung Maria Mödlingen, sonach nur in Ermanglung einer zureichenden Ergiebigkeit derselben, das nemliche Kloster Obermödlingen dergestalt verwendet werden sollen, daß

a) Die landständische Eigenschaft durch diese veränderte Verwendung nicht alterirt werden solle.

b) Dafs die richtige und einzige Verwendung dieses Vermögens zu den deutschen Schulwesen, mit Beyziehung der Verordnung bey der ersten Gründung ausgezeigt werden solle, und dafs

c) Die Existenz der übrigen ständischen Klöster, ohne ständische Mitwirkung keinen Eintrag zu besorgen haben solle.

Zu gleicher Zeit wurde vorausgesetzt, dafs ein ergiebiger Theil des ansehnlichen, und für den bisherigen Zweck zu grossen Seminärfonds gleichfalls zu den deutschen Schulanstalten verwendet werden solle.

Siebentens, wurde in Betracht der ausgezeichneten Vortheile, welche die *Errichtung einer Landtafel* gewähret, und zugleich in Erwägung der Schwierigkeiten, welche damit verbunden sind, vorläufig bestimmt, dafs sich die wegen der Steuerrekifikation niedergesetzte vermischte Kommission mit diesem Gegenstand befassen, die über solchen in verschiedenen Staaten bereits bestehende Anordnungen und Einrichtungen sammeln, dasjenige System, welches dem Herzogthum Neuburg am meisten anpafst, auszeichnen, und das Resultat der Überlegung und Prüfung zur höchsten Entschliessung, und weiteren ordnungsmässigen Verfügung einsenden solle.

Achtens, wurde für nöthig erachtet, dafs zum Behuf dringender Fälle, und besonders zu einsweiligen Vorschüssen an die der *Brandassekuration* bey-

getrettene, und in der Folge durch Brand wirklich verunglückte Glieder theils aus dem noch von dem alten Vorrath übrig bestehenden Rest, und theils aus den Steuer- und Umgeldgefällen eine *Vorrathskassa* von dreyßig tausend Gulden gebildet, und hergestellt werden solle, worüber die landschaftliche Verordnung die Administration führen, jedoch jährliche Rechnung ablegen solle.

Neuntens, ist auf den von dem Landtagsausschusse aus freyem Antriebe gemachten Antrag weiters bestimmt, und festgesetzt worden, dafs

a) Zu Errichtung eigener zweckmäfsiger *Arbeitsinstitute*, und einiger *Feyertagsschulen* in Neuburg, und Burglengendorf, als den beyden Hauptorten, und zwar für das Unterland, oder Nordgau eine Summe von vierzigtausend Gulden, und für den obern Theil des Herzogthums Neuburg eine Summe von fünf und dreyßig tausend Gulden.

b) Zu Gründung und Herstellung einer *öffentlichen Bibliothek*, oder Sammlung wissenschaftlicher Bücher in *Neuburg*, als dem Sitze der Kollegien, eine Summe von fünftausend Gulden, und zu Unterhaltung und Fortsetzung dieser Bibliothek jährlich fünf hundert Gulden.

c) Zu Beförderung der *Ansiedlung auf dem Donaumoos*, neuburgischen Antheils, dann zur *Unterstützung der Kolonisten* in der *Grünau*, und zwar vorzüglich zu Erbauung neuer Häuser für die

Kolonisten eine Summe von zwanzig tausend Gulden aus den Steuer- und übrigen zum ehemaligen Kommissariat gewidmeten Gefällen, unter der Administration der neuburgischen Landesdirektion verwendet werden sollen. Endlich und

Zehntens, *bestättigen* Seine churfürstliche Durchlaucht etc. die erlangte, und wohl hergebrachte *Freiheiten*, und *Gerechtsamen der neuburgischen Stände*, wie solches Höchstdieselbe bereits bey Höchstihrem Regierungsantritte gethan haben. Auch werden Seine churfürstliche Durchlaucht etc. die *Selbstständigkeit des Herzogthums Neuburg*, und die dermal in Verbindung der Verordnungs-Mitglieder bey der Landesdirektion bestehende Geschäftsführung allezeit handhaben.

Dessen zu wahrer Urkunde ist dieser in triplo errichtete Abschied mit dem churfürstlichen grossen Insigel bestärkt, und im Höchsten Namen Seiner churfürstlichen Durchlaucht etc. von dem im Eingange genannten Kommissär eigenhändig unterzeichnet, sofort von den sämmentlichen anwesenden Gliedern des grösseren Landtagsausschusses, von den landschaftlichen Verordneten, und dem Landschaftskanzler besiegelt, und unterschrieben worden. Geschehen zu Neuburg an der Donau, den zehnten Juny im eintausend achthundert und zweyten Jahre.

(L.S.) Max. Joseph Freiherr von Montgelas, churfl. Prinzipalkommissär.

- | | |
|---|---|
| <p>(L.S.) Bernard Freiherr von Hornstein, Landmarschall.</p> | <p>(L.S.) Max. Graf v. Tassis, Verordneter.</p> |
| <p>(L.S.) Freiherr von Flachsenlanden, Landkommentur der Balley Neuburg.</p> | <p>(L.S.) Aloys Freiherr v. Haacke, Verordneter.</p> |
| <p>(L.S.) P. Anton Schepich, Superior in Püllenhofen.</p> | |
| <p>(L.S.) Askan Graf <i>Verri</i>, genannt von Küllberg, auf Gansheim, Ritterstands-Deputirter.</p> | |
| <p>(L.S.) Freiherr von Eckart, Ritterstands-Deputirter.</p> | <p>(L.S.) Graf v. Thürheim, Verordneter.</p> |
| <p>(L.S.) Karl Joseph Freiherr v. Drechsel, Ritterstands-Deputirter.</p> | <p>(L.S.) Philipp Freiherr von Gise, Verordneter.</p> |
| <p>(L.S.) Konrad Reinhard von Koch, Ritterstands-Deputirter.</p> | <p>(L.S.) Gremmel, Kanzler.</p> |
| <p>(L.S.) Heinrich Erhard, Bürgermeister, im Namen der Städte.</p> | |
| <p>(L.S.) Sales Mayer, Bürgermeister.</p> | |
| <p>(L.S.) Joseph Wunsch, Bürgermeister, im Namen der Märkte.</p> | |
| <p>(L.S.) Wolf Mathias Knauer, Bürgermeister.</p> | |

IV.

Herzoglich Sachsen-Coburg-Saalfeldisches

H a u s g e s e t z

über die

Nichtverbindlichkeit

der

Regierungs - Nachfolger

die

Schulden und Veräußerungen der Regierungs-
Vorfahren anzuerkennen.

Vom 1ten April 1802.

Eine unvermeidliche Folge schlechter Hof- und Staatswirthschaft, sind die vielen *fürstlichen Privat- und Kammerschulden*, wovon so manches teutsche Land die traurigsten Beweise aufzuweisen hat. Wie klein ist die Zahl der Fürsten zu jeder Zeit gewesen, die eine lebhaftete Überzeugung von der ewigen Staatswahrheit hatten: daß ein Regent gerade nur dazu *berechtigt* sey, wozu er zugleich auch *verpflichtet* ist! Fürwahr, ein Fürst trägt Krone, Scepter und Schwerdt nicht zur Zierde. Aber „hungrige Hofleute, sagt *Spittler* *), oder unbedachtsame, „junge oder alte verschwenderische Fürsten, sind „bald keck, bald sinnreich genug, den Begriff un-

*) Götting. histor. Mag. B. III. S. 747.

„nöthiger Ausgaben und Schulden, recht nach ihren Bedürfnissen und Wünschen umzuformen.“

Eine weitere Folge der fürstlichen Privat- und Kammerschulden sind: *Landes- und Güterveräußerungen*, sogenannte *Kammer- oder Debitsteuern*, wie in der Grafschaft Hoya und anderswo *), andere *drückende Auflagen*, *Fiscologie*, und eine kostspielige, langweilige kaiserliche *Debit- und Sequestrations-Commission*.

Gegen diese landverderbenden Übel giebt es kein sichereres Mittel, als Erschwerung des Schuldenmachens, indem man dasselbe eines Theils auf bestimmte rechtmäßige Fälle einschränkt, und andern Theils an gewisse Förmlichkeiten bindet, welche bei Strafe der Nichtigkeit beobachtet werden müssen. Wenig erlauchte Familien werden seyn, in welchen nicht das muthwillige und leichtsinnige Schuldenmachen, im Allgemeinen untersagt wäre. Allein dergleichen allgemeine Verbote wirken für den einzelnen, leichtsinnigen oder muthwilligen Schuldenmacher gerade so viel, als die Grundsätze der Sittenlehre. *Zwang* ist der Hebel, den man bei ihm ansetzen muß.

Zu dem Ende hat man seither verschiedene Mittel gewählt. Man hat 1) *einseitige Verordnungen* wider das Schuldenmachen des Regenten und der

*) *Strubens* rechtl. Bed. Th. III. S. 278. *Moser* von der Landeshoheit in Steuersachen, S. 566. Ebend. von der Reichsstände Landen, S. 1357. ff.

Mitglieder seiner Familie. Diese rühren her von dem Fideicommiss- oder Pertinenzstifter, von dem ersten Erwerber der Familien-Privat- oder Kammergüter, von dem Stammhalter, von dem Gesetzgeber. Man findet sie in letztwilligen Verordnungen *), in Stiftungsbriefen, und auch in Landesgesetzen.

2) *Haus- oder Familienverträge*. Beispiele dieser Art hat man von 1535 zwischen den Herzogen Wilhelm und Heinrich von Braunschweig-Lüneburg, von 1592 zwischen den Söhnen des Herzogs Wilhelm zu Braunschweig-Zelle, von 1691 zwischen Sachsen-Weimar und Eisenach, von 1783 in dem musterhaften Erbverein des fürstlichen Gesamthauses Nassau **). An diese Reihe schließt sich nun auch das heilsame sachsen-coburgische Hausgesetz vom 1. April 1802 an, betreffend die Nichtverbindlichkeit der Regierungsnachfolger, die Schulden und Veräußerungen der Regierungsvorfahrer anzuerkennen. Wir theilen es hier dem Publikum mit. Endlich

3) hat man sogar *Landesgrundverträge* über diesen Gegenstand. Sie sind unstreitig die würdigste und stärkste Verpflichtungsart. Hieher gehören die

*) Testamente des Herzogs Julius von Braunschweig, von 1582, und des Herzogs Eberhard III. von Württemberg und viele andere. Mosers Einl. in das braunschw. lüneb. Staatsr. S. 71. Scheidts Anmerk. u. Zusätze dazu. S. 61. f. Mosers Staatsr. Th. 33, S. 508. Ebendefs. persönl. Staatsr. Th. II, S. 151. 177 ff.

**) Mosers Einl. in das Braunschweig - Lüneburgische Staatsr. S. 71. Ebendefs. persönl. Staatsr. Th. II, S. 129 und 137. Reufs Staatskanzley, Th. 16, S. 92 ff.

wirtembergischen Landtagsabschiede von 1629 und 1652 *), der wirtembergische Erbvergleich vom Jahre 1771, ad Class. IV. S. 93, und der am 1. Mai 1794 von dem regierenden Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel, in Kraft eines beständigen Landesgrundgesetzes, mit der Landschaft abgeschlossene Vertrag **).

Wir Franz, von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, Landgraf in Thüringen, Marggraf zu Meissen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein etc. etc. Haben aus einer langen und traurigen Erfahrung die unglücklichen Folgen kennen gelernt, welche eine Sequestration der Domainen-Einkünfte für Unser Land, für Unsere Familie und für jeden Unserer getreuen Unterthanen gehabt hat, und Wir halten es jezt, da Wir durch Zahlung sämtlicher Cammerschulden die Kaiserliche Debit-Commission überflüssig gemacht haben, für Unsere wichtigste Pflicht in Unserm Hause solche Einrichtungen und Verfügungen zu treffen, daß ein solcher Zustand, wie er zeither statt hatte, nie und zu keiner Zeit wieder eintreten kann. Zu dem Ende empfehlen Wir

*) *Mosers* persönl. Staatsr. Th. II, S. 151.

**) (W. F. *Chassot de Florencourt*). Etwas über die Natur, die Veräusserung und Verschuldung der Cammergüter deutscher weltlicher Reichsstände. 1795. 8.

I.

Allen Unsern Nachfolgern in der Regierung höchstmögliche Sparsamkeit, und damit diese um so weniger irgend jemals verletzt werden könne; so bestimmen Wir als unumstößlich, daß die *Etats für die Bedürfnisse der Hofhaltung und der Person* des jedesmal *regierenden Fürsten*, von nun an immer von dem Landes-Ministerio lediglich nach dem Verhältnisse der sichern Landes-Einkünfte, der daraus zu bestreitenden Administrationskosten und des unbedingt nothwendigen Aufwands, welchen die Verbesserung des Landes fordert, gemacht, und die Ausgaben darinnen für den Hof nie höher gestellt werden sollen, als es die übrigen Bedürfnisse der Landes-Administration und das Wohl des Ganzen zulassen. Der Entwurf des Hofstaats-Etats ist dem Regenten dann mit ausreichenden Erläuterungen über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Fonds vorzulegen und über diesen geprüften und von dem regierenden Landesherrn anerkannten Etat dürfen bey der Hofhaltung die Ausgaben nie und unter keiner Bedingung erhöht werden. Das Hofmarschall-Amt hat nach diesem ihm mitzutheilenden Etat sich streng und unverbrüchlich zu richten. Die Haupt-Domänen-Casse wird zu allen Zeiten eidlich darauf verpflichtet und angewiesen, die gegen den Etat eingehenden Zettel oder ausgegebenen Summen, *nicht zu bezahlen*. Und damit zu keiner Zeit der Aufwand für den Hof unverhältnißmässig

gegen die Landes-Einkünfte erhöht werden kann; so soll jeder Minister zu allen Zeiten eidlich verpflichtet werden, dem jedesmal regierenden Landesherrn die nachtheiligen Folgen dringend vorzustellen, wenn er darauf bestehen wollte, daß die Ausgaben für den Hof unverhältnißmässig gegen die Landes-Einkünfte bestimmt werden sollten. Und damit dieses um so weniger geschehen könne; so setzen Wir als eine unverbrüchliche Norm fest, daß

II.

keiner Unserer Nachfolger in der Regierung je verbunden seyn solle, die Schulden seiner Vorfahren zu bezahlen. Denn jeder Regent hat die unbedingte Verbindlichkeit auf sich, seine Ausgaben nach seinen Landes-Einkünften einzurichten, mit diesen auszukommen, und wo möglich noch zu Verbesserung des Landes und auf unvorhergesehene Fälle zu sparen.

Wir nehmen aber von dieser Bestimmung aus:

- a) diejenigen Schulden, welche in *Cautions-Capitalien* aller Art bestehen, in der Regel aber auch immer von dem Dienst- und Pacht-Nachfolger bezahlt werden,
- b) diejenigen, welche wegen *Ausstattung zu vermählender Prinzessinnen* haben gewirkt werden müssen; obgleich dieses in der Zukunft nicht mehr vorkommen darf, weil jährlich aus den **Landes-Einkünften** so viel zurück gelegt werden

muß, daß diese Ausgaben leicht bestritten werden können,

- c) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir *als Erbprinz* bis zum Antritte Unserer Regierung unter sehr traurigen Verhältnissen haben wirken müssen, und zu deren schleunigen Tilgung Wir bereits einen sichern Zahlungs - Fond angewiesen haben,
- d) diejenigen Schulden, welche unsers Herrn *Vaters Gnaden* während der Dauer der Debit-Commission nothgedrungen machen mußten, welche Wir übernommen und zu deren Zahlung Wir schon jetzt die nöthigen Verfügungen getroffen haben,
- e) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir von Unserer Frau *Mutter Gnaden* nach einem besondern Vertrage übernahmen,
- f) diejenigen Schulden, welche unsere errichtete *Staats - Leihbank*, deren Gesetze, Verfassung und Einrichtung Wir des nächsten durch den Druck bekannt machen werden, allenfalls, nach ihrer eigenen Organisation und nach dem Verhältnisse ihres Fonds, zu machen befugt ist,
- g) diejenigen Schulden, welche zur *Verbesserung der Landes - Einkünfte*, wegen unverschuldeter *Unglücksfälle*, wegen *Ankauf von Gütern*, *Emporhebung der Landes-Industrie*, Errichtung allgemeiner, *gemeinnütziger Anstalten* und überhaupt zum *Landes-Besten* und wovon ein

bleibender Nutzen für das ganze Land nachgewiesen werden kann, sind gewirkt worden, endlich

h) eigentliche *altväterliche Schulden*, oder welche zu Abtragung der bis jetzt vorhanden gewesenen alten Cammerschulden nothwendig waren.

Alle diese Schulden sind die jedesmaligen Regierungs-Nachfolger anzuerkennen und zu bezahlen verbunden.

Wir werden aber, wenn Uns die Vorsehung noch einige Jahre das Leben schenkt, dafür sorgen, daß weder die wenigen Schulden, welche Wir als Erbprinz wirkten, noch diejenigen, welche Wir von Unsers Herrn Vaters und Frau Mutter Gnaden übernommen haben, noch endlich diejenigen, welche zu Befriedigung alter Cammer-Gläubiger nöthig waren, auf Unsere Nachfolger übergehen können, weil zu Zahlung derselben bestimmte Fonds bereits angewiesen und schon sehr viele davon bezahlt sind.

III.

Damit aber nicht unter dem Vorwande des allgemeinen Landes Besten oder Erhöhung der Landes-Einkünfte für die Zukunft Schulden gewirkt werden können, die nichts weniger als diesen Zweck haben, sondern vielmehr zur Befriedigung der Privat-Neigung des regierenden Landesherrn bestimmt sind; so soll von nun an *kein Schuld-Document* und *keine Schuld*, sie mag Nahmen haben wie sie will, mit Ausnahme derjenigen, welche im vorher-

gehenden §. aufgeführt sind, als für den Nachfolger *gültig* und *zahlbar* angesehen werden, wenn nicht von Unserer *Landes-Regierung* das *Zeugniss*, bekräftiget durch das *Regierungs-Insiegel* und die *Nahmens Unterschrift sämtlicher Regierungs-Mitglieder*, darunter steht: daß sie wirklich zum Besten des Landes verwendet worden ist.

Alle Schuld-Documente und Schuld-Forderungen, welche dieses Zeugniss nicht haben, sind von dem Nachfolger als unverbindlich und Zahlungsunfähig zu verwerfen.

IV.

Unsere Landes-Regierung soll nie und zu keiner Zeit sich gegen den Landesherrn, welcher etwa Schulden zu seinem Privat-Gebrauch oder Vergnügen wirken wollte, mit Ausstellung obigen Zeugnisses nachgiebig erzeigen; deßhalb soll *jedes Mitglied der Landes-Regierung* in seinem *Dienst-Eide* dahin *ausdrücklich mit verpflichtet werden*, nie in Schulden zu willigen, welche zu einem andern Zwecke als dem des allgemeinen Landes-Besten und zu Erhöhung der Staats-Einkünfte gemacht worden sind. Liefse sich zu irgend einer Zeit die Landes-Regierung beygehen, einem regierenden Landesherrn ein Zeugniss auszustellen, welches diesen Grundsätzen nicht gemäß wäre, und sie könnte von dem Nachfolger davon überwiesen werden; so sollen außer der Strafe der Cassation, alle Mitglieder, oder wenn sie nicht mehr leben, deren Erben,

für die auf diese Art gesetzwidrig gemachte Schuld auf immer haften, und die Regierungs-Mitglieder sollen beim Antritte ihres Amtes sich dazu ausdrücklich mit verbindlich machen.

V.

Unsere Landes-Regierung muß in vorkommenden Fällen, und wenn neue Schulden contrahirt werden sollen, sich immer gründlich und hinlänglich überzeugen können, daß die zu machende Schuld zu des Landes Besten, zu Ankaufung von Gütern und zu Vermehrung der Landes-Einkünfte nothwendig sey, um dann um so gewissenhafter das Zeugniß darüber den Gläubigern auszustellen; deshalb soll der *regierende Landesherr jedesmal*, wenn er eine neue Schuld für nothwendig hält, *die Regierung umständlich mit den Ursachen und dem Zwecke derselben bekannt machen* und ihr gründliches und gewissenhaftes *Gutachten* darüber hören, und wenn dieses nicht beifällig ist, nicht weiter in sie dringen.

VI.

Unserer Landes-Regierung aber machen Wir dabey zur Pflicht, bey Behandlung eines solchen Gegenstandes mit der *größten Vorsicht*, aber auch mit der *nothwendigen Gründlichkeit* zu Werke zu gehen, und das Zeugniß durch *unnöthige Subtilitäten* alsdann nicht zu erschweren, wenn zwar der Vortheil der gewirkten Schuld nicht gleich in den ersten Jahren sichtbar, aber doch zu erwarten ist,

dafs dadurch für die Zukunft dem Lande ein bleibender Nutzen geschafft werde.

VII.

Sollte es einem unter Unsern Nachfolgern gefallen, die Regierung zu Ausstellung eines diesem Hausgesetze entgegen laufenden Zeugnisses *zwingen* zu wollen; so soll die Regierung, eingedenk ihres theuern Eides, *Anfangs bescheidene Vorstellungen* dagegen machen, und wenn diese fruchtlos sind, ihren *Rekurs an das Reichs-Oberhaupt nehmen* und daselbst Hülfe suchen.

VIII.

Von diesen in den §. §. III. IV. V. VI. VII. aufgetragenen Bestimmungen ist aber Unsere errichtete *Leihbank*, vermöge ihrer ganz eigenen Organisation und da der Fond derselben unveräusserlich ist, als Fideicommiss feststeht und nie angegriffen werden darf, gänzlich ausgenommen.

Sie besorgt ihre Geschäfte nach besondern in dem Organisations - Patente derselben enthaltenen Gesetzen; und darf ohnedem keine Schulden machen, welche dem Bank - Fond nicht angemessen sind.

IX.

Sollte aber irgend einer Unserer Nachfolger den Fond dieser von Uns errichteten *Bank* über lang oder kurz angreifen und dadurch die aufgestellten *Bankgesetze verletzen* wollen; so soll die Bank-Direction und das Banco-Collegium davon Unserer

Landes-Regierung ungesäumt Nachricht geben und die Bank-Direction und die Landes-Regierung sind gemeinschaftlich, zu Aufrechthaltung des öffentlichen Credits, verpflichtet, gegen dieses Ansinnen oder diesen Landesherrlichen Eingriff Anfangs *bescheidene Vorstellungen* zu machen, wenn aber diese fruchtlos sind, dem Publikum die Grösse der *Verminderung des Bank-Fonds sogleich in öffentlichen Blättern anzuzeigen*, damit dasselbe sein Interesse dabey wahren könne.

X.

Alle *Etats-Ueberschüsse*, welche sich von nun an nach den gemachten Ersparungen und nach einer zweckmässig eingerichteten Administration ergeben müssen, sollen *ausschliesslich zu Bezahlung der vorhandenen Schulden* an Unsere Bank bezahlt werden, der Wir das Schuldentilgungs-Wesen übertragen haben, und es soll sich kein regierender Herr einer andern Disposition darüber anmassen, als zu diesem bestimmten Zwecke und zu Erhöhung der Landes-Einkünfte, Ankaufung von Gütern und zum allgemeinen Landes-Besten, auch auf den Fall, wenn sämtliche Schulden bezahlt sind.

XI.

Um Unser Haus und Unser Land auch *vor unvorhergesehenen Unglücksfällen* und ungünstigen Ereignissen sicher zu stellen; so haben Wir die Einleitung getroffen, dass von einem Theile Unserer jährlichen *Etats-Überschüsse*, so weit es nach den

vorhergehenden §. §. möglich ist, nach und nach ein *eiserner Fond* von

Zweymalshundert Tausend Gulden Rheinisch gesammelt werden soll. Auch diese Summe soll die *Qualität eines Fideicommisses* haben, und keinem Unserer Nachfolger soll es erlaubt seyn, darüber nach Willkühr zu disponiren, sondern sie soll nur dann angegriffen werden können, wenn es das Landes-Beste unbedingt erfordert, wenn Unserm Hause ein bleibender Nutzen damit geschafft werden kann, und wenn die Staats-Leihbank einzelne Vorschüsse, welche aber von daher immer wieder erstattet werden müssen, zu ihren Geschäften braucht. Es muß aber aus den Etats-Überschüssen das Fehlende an der Summe der 200,000 fl. rhl. nach und nach wieder ergänzt und diese Summe immer vollzählig erhalten werden.

XII.

Der *Beschluß dieses eisernen Fonds* von 200,000 fl. rhl. ist dem jedesmaligen dirigirenden Minister und dem Präsidenten der Landes-Regierung anvertraut. Er kann nur gemeinschaftlich geöffnet werden, und jeder von diesen Dienern hat dazu einen verschiedenen Schlüssel.

XIII.

Werden *Rittergüter heimfällig*; so sollen dieselben bloß das *Fidecommiss* Unserer Lande *vermehren*, und dem regierenden Herrn steht es unter keinem Vorwande frey, darüber nach Eigenthums-

recht zu disponiren, sondern sie müssen den Ämtern, und in Hinsicht auf die Einkünfte den Amtseinnahmen, auf immer einverleibt werden. *Veräußerung* derselben findet gar nicht statt. Wäre es aber zweckmässig die *Hofbaustücke* und die *Oekonomie* davon zu veräußern; so soll es dennoch nur in der Masse geschehen, daß die veräußerten Grundstücke mit verhältnismässigen Grundzinsen belegt, handlohnbar gemacht und das daraus gelöste Kaufgeld zu Ankaufung anderer Güter, oder Zehenten, oder Waldungen verwendet werden. Denn auch dieses Kaufgeld bleibt *fideicommiss*, und wenn Unsere Landes-Regierung wahrnimmt, daß damit dem Hausgesetze gemäß nicht umgegangen wird, so soll sie die Befugniß haben, das Kaufgeld so lange ad depositum zu nehmen, bis sich eine schickliche Gelegenheit findet, es nutzbar auf Grundstücke anzulegen. Auch diejenigen Güter, welche während der Regierungszeit eines hiesigen Fürsten gekauft worden sind, werden *Fideicommiss* und müssen dem Lande einverleibt werden. *Zerschlagungen* schon vorhandener Cammergüter und Domainen sind nur in so weit zulässig, als das daraus erlöste Geld zu Abtragung von Schulden, oder zu Anstalten verwendet wird, wodurch die Einkünfte des Landes erhöht werden.

XIV.

Schlüßlich wollen Wir, daß diese Bestimmungen als ein immerwährendes Hausgesetz gelten und

von keinem Unserer Nachfolger dagegen gehandelt werde, und damit dieses um so weniger statt habe; so haben Wir dasselbe nicht nur *eigenhändig vollzogen*, sondern auch von Unsers Herrn Oncle Friedrich, Herrn Bruders Ludwig, und Herrn Erbprinzen Ernst Liebden, Liebden, Liebden *eigenhändig vollziehen lassen*, und wollen, daß alle *appanagirten Prinzen* sich zur Aufrechthaltung dieses Gesetzes, nachdem sie das achtzehente Jahr zurückgelegt haben und volljährig geworden sind, durch einen *eidlichen Revers* verbindlich machen.

Auch soll diese Anordnung in *öffentlichen Zeitungen* zur Sicherheit des Publikums bekannt gemacht und die *Bestätigung* derselben bey Sr. Majestät dem *Kaiser* nachgesucht werden. Coburg den 1ten April 1802.

(L.S.) *Friedrich Josias*, Prinz zu Sachsen-Coburg-Saalfeld.

(L.S.) *Franz*, Herzog zu Sachsen-Coburg-Saalfeld.

(L.S.) *Ludwig*, Prinz zu Sachsen-Coburg.

(L.S.) *Ernst*, Erbprinz zu Sachsen-Coburg-Saalfeld.

von Kretschmann.

V.

Neues Licht
in
H e t r u r i e n.

Kein Licht, ohne Schatten. Die *französische Republik* bestimmt durch einen *Staatsvertrag* und durch *Staatskirchengesetze* (organische Artikel des Concordats) das Verhältniß der Kirchengewalt zu dem Staate. Sie unterwirft solche feierlich der *Staatspolizei* (*ne quid detrimenti capiat respublica ab ecclesia*); keine päpstliche Verordnung, Bulle, Breve, Rescript etc., darf gedruckt oder publicirt werden, wenn sie nicht vorher von der Staatsgewalt (durch das *exequatur* s. *placitum territoriale*) förmliche *Genehmigung* erhalten haben; der erste Consul *ernennt* die Erzbischöfe und Bischöfe, und empfängt von ihnen den *Eid der Treue* gegen die Constitution, den auch alle andere Geistliche schwören müssen; die Erwerber der *veräußerten Kirchengüter* dürfen nicht beunruhigt werden; *kein geistliches Individuum* kann auf französischem Boden, oder auswärts, *ohne Autorisation der französischen Regierung* irgend eine *Function* in Rücksicht der gallicanischen Kirche versehen; die *Decrete* fremder Synoden, sogar der *allgemeinen*

Concilien, können in Frankreich nicht eher publicirt werden, bis das Gouvernement sie gebilligt hat; ohne Erlaubniß der Regierung, kann kein *National- oder Metropolitan-Concilium*, keine *Diöcesan-Synode*, oder andere *deliberirende Versammlung* statt haben; in allen Fällen des *Misbrauchs* von Seite der Superioren und anderer geistlichen Personen, soll der *Recurs an den Staatsrath* genommen werden; ohne Autorisation der Regierung, kann kein *Domkapitel*, kein *Seminarium* angelegt werden; wer nicht geborner Franzose ist, kann nicht Bischof werden; ausser den Sonntagen, darf ohne Erlaubniß der Regierung, kein *Festtag* gefeiert werden; das *Glockengeläute* darf nicht anders, als nach Übereinkunft mit der Polizei und dem Präfecten ausgeübt werden; das Gouvernement kann öffentliche Gebete verordnen u. s. w.

Gerade um dieselbe Zeit, wo das französische Concordat öffentlich bekannt ward, erschien, zu Gunsten des römisch-katholischen Kirchenwesens, zu *Florenz* eine merkwürdige *Verordnung* des Königs von *Hetrurien*, datirt vom 15. April d. J. Diese zeichnet sich aus durch den Contrast, nicht nur mit dem französischen Concordat, sondern auch mit dem allgemeinen Kirchengeiste der neuern Zeit, welcher in dem katholischen Europa herrscht. Aber auch in Beziehung auf das Weiland-Toscana, ist die Verordnung höchstanziehend. Noch ruht in frischem Andenken, welche Stelle vor noch nicht

langer Zeit, der nachherige Kaiser Leopold II. seinem Toscana auf der Civilisations-Charte von Europa verschafft hatte. Und nun — —!

Man versichert als zuverlässig folgende Anekdote. Einige fremde Gesandte machten dem Könige Vorstellung wider dieses Edict. „Ich muß besorgen —“, antwortete der König — ewig *verdammt* zu werden, wenn ich nicht alle Gedanken und Schriften meiner Unterthanen der Censur der Geistlichkeit unterwerfe.“ Ein solcher Fürst, sagt ein französisches Blatt, kann sich nur in der beklagenswerthen Geschichte der ausgearteten Nachkommen Carls des Grossen finden.

Schon verkündigen öffentliche Blätter, daß eben dieser König von Hetrurien, der in vorigem Jahre in dem anti-royalistischen Frankreich mit Ehrenbezeugungen überhäuft ward, seiner *Gemahlin*, im geheimen Staatsrathe *Sitz* und *Stimme* ertheilt habe. Das darüber erschienene Königliche Edict vom 2. Jun. sagt, daß dieses geschehen sey, um der Königin einen ausgezeichneten Beweis von des Königs Hochschätzung der seltnen Verdienste zu geben, womit ihre Person geziert ist, und in dem Wunsche, sie in den Stand zu setzen, zum Wohl seiner geliebten Unterthanen dadurch mitzuwirken, daß sie zu *allen* und *jeden* Gegenständen der *Gesetzgebung* und *Staatswirthschaft* ihre Stimme gebe. Auch soll ihr in *allen* andern Angelegenheiten, welche wegen ihrer Wichtigkeit vorläufige Verfügun-

gen ausser den gewöhnlichen Sitzungen des Staatsraths nötig machen, Bericht erstattet werden. Wenige Wochen nach dieser merkwürdigen Verfügung, ward die Königin von ihrem Gemahle sogar förmlich zur *Mitregentin* des Königthums ernannt!

Das französische Concordat hielten viele für *zu nachgebend* gegen den päpstlichen Stuhl, und die französische Regierung mußte deshalb bittern Tadel erfahren, besonders in dem Tribunate, wo es deshalb zu lebhaften Debatten kam, vorzüglich zwischen Carnot und Lucian Bonaparte. Die Regierung selbst, scheint nicht ohne bange Besorgnisse wegen des Eindrucks gewesen zu seyn, den das Concordat machen würde. Diesen Besorgnissen schreibt man zu, nicht nur die Bedächtlichkeit und Heimlichkeit, mit welcher sie bei Unterhandlung und Abschliessung des Concordats zu Werke gieng, sondern auch den Aufschub seiner Bekanntmachung bis zum Definitiv-Frieden mit England; denn das Concordat ward schon am 15. Jul. 1801 abgeschlossen. Ja, einige schreiben eben diesen Besorgnissen der französischen Regierung, den auffallenden Inhalt der hetrurischen Verordnung zu. Die französische Regierung, sagen sie, hat den von ihr neu creirten König von Hetrurien dazu vermocht, um durch Contraste, das französische Concordat gegen die Unzufriedenheit der sogenannten philosophischen Partei zu rechtfertigen.

War dieß wirklich eine politische Speculation der französischen Regierung; so konnte die Ausführung nicht schwer halten, weil der *König* seine Gewalt hat von — *Bonaparte*. Dem, der in die Geheimnisse der höhern Politik eingeweiht ist, wird es schwerlich beifallen, als einen Grund *gegen* die gedachte Mutmasung anzuführen, daß der französische Minister *Clarke* zu Florenz, gegen die königliche Verordnung ernstlichen Widerspruch eingelegt, und als dieser vergebens gewesen, eine Estafette nach Paris abgesendet haben soll. Wenigstens hat man bisher nicht gehört, daß *von Paris aus* die Verordnung officiell wäre mißbilligt worden.

Im Gegentheile, man versichert, der König von Etrurien habe dem Oberconsul sein Mißvergnügen über das französische Concordat, auf folgende Art zu erkennen gegeben. Bonaparte hatte dem König, das französische Concordat zugesendet. Der König schickte ihm dasselbe mit vielen Anmerkungen *zurück*. Hierauf antwortete ihm der erste Consul mißvergnügt, befahl aber zugleich, das Exemplar mit den Anmerkungen des Königs, des Andenkens wegen, im Archive der auswärtigen Angelegenheiten aufzubewahren. Von welcher Art der königliche Tadel des Concordats gewesen sey, ist nicht schwer zu errathen. Im Geiste Carnots und derer, die dasselbe eine Capitulation der Vernunft mit dem Bigotism betitelten, waren die Anmerkungen sicher nicht geschrieben.

Immerhin ist der Inhalt des neuen hebräischen *Religions-Ediktes* vom 15. April 1802 für die Zeitgeschichte zu merkwürdig, als daß er nicht hier aufbewahrt zu werden verdiente, wie ihn selbst die Florentiner Zeitung angiebt.

Der König, heist es darinn, durchdrungen von der Pflicht, seine Gewalt, *welche von Gott komme*, zu dessen Ehre und zum Wohl seiner Unterthanen zu verwenden, verordnet zum Schutze der Religion und zur Erhaltung der reinen, einförmigen Glaubens- und Kirchenlehren, *aus königlicher Machtvollkommenheit*;

1) den *freien Recurs* seiner Unterthanen an den heil. Stuhl, in allen geistlichen und Dispens-Sachen;

2) alle *reguläre Orden* sollen wieder, nach Maasgabe des heil. tridentinischen Conciliums, ihren Generalen und dem heil. Stuhle *unmittelbar* unterworfen seyn;

3) alle Güter der Kirche sollen *unveräußerlich* seyn;

4) alle *Bischöfe* sind als Muster und Hirten, *unabhängig* in Verwaltung der Sakramente und des göttlichen Wortes. Ihre *Hirtenbriefe* sind *keiner Aufsicht* unterworfen. Sie können selbst *auswärtige* Geistliche zu Predigten, Missionen, frommen Übungen und Beichten wählen;

5) *alle Bücher*, die in ihren Diöcesen im Drucke erscheinen, oder dort eingeführt werden, sollen, *von welcher Art auch ihr Gegenstand seyn möge*,

ihrer *Besichtigung* und *Erlaubniß* unterworfen seyn, und es dürfen keine ohne ihre oder ihrer Delegirten schriftliche Erlaubniß circuliren.

6) Die Bischöfe sind befugt, die Weihen allen denen zu ertheilen, die sie für tauglich halten. Auch haben sie freie Gewalt, von den Ehegesetzen, nach Verordnung der tridentinischen Kirchenversammlung, zu dispensiren.

7) Nicht minder haben sie die Freiheit, bei der bischöflichen Kanzlei *ganz unabhängig von den königlichen Gerichtshöfen*, die Verhandlung und Entscheidung der Ehesachen aller Art, die Anordnung der Disciplin, der geistlichen Verordnungen und des Ritus, die Bestrafung der Kleriker mit kanonischen Strafen, mit Bussen, mit Untersuchung der Kirchenverrichtungen, und mit Suspension von den geistlichen Einkünften vornehmen zu lassen.

8) Alle Klöster und geistliche Oerter, sind nicht nur in geistlichen, sondern auch in *weltlichen* Sachen, der Gewalt der Bischöfe unmittelbar unterworfen.

10) Alle Gesetze, Anordnungen, Gewohnheiten und Privilegien, welche dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind *abgeschafft*.

Der Eingang dieser pragmatischen Sanction sagt: sie werde erlassen auf häufige Vorstellung der Bischöfe und der königlichen Unterthanen, daß noch einige Gesetze bestünden, „*die dem päpstlichen Ansehen und der Freiheit der Gewissen zuwider-*

„laufen.“ Daher Se. Majestät sich vorbehalten, mit dem heiligen Stuhle zu Rom in Unterhandlung zu treten, über Alles, was darauf abzwecken kann, entweder das Vergangene zu befestigen, oder für die Zukunft die verschiedenen Gegenstände festzusetzen, die eine reifere Prüfung verdienen. Inzwischen werde *diese* Verordnung einstweilen zu dem Ende erlassen, damit für die *wesentlichsten* Dinge gesorgt werde, die durchaus keinen Aufschub leiden und so *augenscheinlich* gerecht sind, daß sie *gar keiner Discussion bedürfen*.

So hat der neue Souverain von Hetrurien sein *Majestätsrecht* in Kirchensachen ausgeübt!

Zum Beweise, wie selbst in Frankreich hierüber geurteilt wird, diene folgende Stelle aus dem *Journal des Arts*, vom 20. Floréal, Num. 202. „Die Civilisation weicht jetzt in Toscana um mehrere Jahrhunderte zurück. Sein König hat sich unter die Vormundschaft der Priester begeben. Unumschränkte Macht über den Geist des Volkes, pecuniäre Macht, Macht über das Eigenthum, Macht über die Gedanken, indem man diese der Zuchtrüthe der Bischöfe unterwirft — alles ist in die Hände der Kirche überliefert; und der Papst, nach dem Vorbilde seiner Vorfahrer, kann nach Gefallen den neuen *Louis* absetzen, wenn er sich von dem Gehorsam entfernt, den er dem heiligen Stuhle gelobt hat. Frankreich hat so eben, mit der klügsten Vorsicht, die Kirche in den Staat aufgenommen:

Toscana hingegen hat so eben den Staat der Kirche überliefert. Und diese herrlichen Gefilde, welche die Wiege der schönen Künste in Europa waren, werden unfehlbar das Grab derselben werden, wenn der Stifter dieses (neuen etruskischen) Staates sich nicht in das Mittel schlägt. Welcher auffallende Contrast zwischen dem französischen Concordat, welches die schönen Träume der Philosophie beinahe realisirt hat, und dem Gesetze des Königs von Etrurien, das die intolerante Unwissenheit in seine Staaten ruft! Möchte man doch behaupten, diese königliche Maasregel sey eine Satyre auf Frankreich, und der Verfasser des *Journal des débats* habe dieses Denkmal des Schwachsinnes und der Ungereimtheit fabricirt. Doch, die Aufklärung tröste sich! Ihr sind unzerstörbare Altäre erbaut in Frankreich, und die Weisheit Alexanders eilt, dergleichen in Rußland zu gründen., — *Amen!*

Indefs, jede Sache hat zwei Seiten. So ist denn auch in mehrern italiänischen Blättern eine, vielleicht von hoher Hand veranlafste Rechtfertigung des etruskischen Religionsediktes vom 15. April d. J. erschienen, gegen die Angriffe und Bemerkungen, die dawider gemacht worden sind. Unter andern wird darinn angeführt, dafs diese neuen kirchlichen Anordnungen keine andern seyen, als die, welche schon in den zu Ende des Jahres 1793 erschienenen großherzoglichen Edikten enthalten sind; ferner, dafs gerade der Zeitpunkt, wo Toskana die, dem

päpstlichen Stuhle am meisten ergebenen Fürsten gehabt, derjenige sey, welcher die *meisten* und *besten Köpfe* der Nation hervorgebracht, während dieses Land in unsern so gerühmten Zeiten der Aufklärung und Geistesfreiheit, *nicht ein einziges ausgezeichnetes Genie* aufzuweisen habe! — — Der Schreiber dieser Rechtfertigung bedachte, in seinem heiligen Eifer, wohl nicht, daß er, durch diese so allgemein und ausschliessend hingeworfene Bemerkung, gerade gegen den königlichen Urheber des Ediktes eine Unhöflichkeit begieng.

VI.
Kloster-
und
Malteser-Contrast
in
Spanien und Baiern.

Während ein spanischer Prinz, auf dem etruskischen Throne, der Geistlichkeit zu Liebe sich in das eilfte Jahrhundert zurücksetzt, geschehen in *Spanien* Schritte, die auf eine gänzliche Umformung der Vordersätze schliessen lassen, an die man, durch eine Reihe von Jahrhunderten, bei dem allerkatholischsten Könige gewohnt war. Schon wird aus *Rom* gemeldet, es sey dort die Nachricht angekommen, daß der König von *Spanien* entschlossen sey, in seinen Staaten in Rücksicht der *Religion eben solche Reformen* zu machen, wie ehemals Kaiser Joseph II.

Sollte denn etwa das neue französische Concordat diesen Reformatiönsgeist geweckt haben? Oder ist es Plutus allein, dem man dadurch, nach so manchen Finanzverlegenheiten, eine Huldigung bringen zu *müssen* glaubt? Gewiß ist, daß die bloße Macht des Beispiels oft eine Veränderung in

den Kraftäusserungen der obersten Staatsverwalter hervorbringt, die in Erstaunen setzt. Der erste, welcher solche Veränderungen unternimmt, indem er das Ungeheuer des Vorurtheils muthig bekämpft, wird von der Menge als ein Meerwunder angestaunt, und von den Gewohnheitsmenschen wie ein Tollkühner getadelt. Und doch ist gewöhnlich Er der einzige, welcher von Vernunftgründen ausgieng. Wer ihm folgt, kümmert sich wenig um diese. Beispiel und Eigennutz genügen ihm. Wie wäre es sonst möglich, daß so manche Vorurtheile, so manche widersinnige Einrichtungen, durch die man täglich dem gesunden Menschenverstande den Krieg ankündigt, sich so lange hätten erhalten können? Eine hundertfältige Erfahrung nötigt am Ende den Menschenfreund, sich damit zu begnügen, wenn nur Vorurtheile vernichtet werden, und das vernunftmäsige Gute die Oberhand gewinnt; gleichviel, aus welchen Beweggründen.

Der letztverstorbene Kurfürst von Baiern stiftete im Jahre 1781, aus den Gütern des aufgehobenen Jesuitenordens (die jährlichen Einkünfte sollen über 150,000 Gulden betragen) eine neue *baierische Zunge* des *malteser Ordens*, für den baierischen, neuburgischen, oberpfälzischen und sulzbachischen katholischen Adel. Was da weniger schlimm war, das Surrogat, oder das aufgehobene Institut? ist wohl nicht schwer zu entscheiden. So viel ist ge-

wifs, daß kein Jesuit, als solcher, eine Sinecure hatte.

Der jetzige Kurfürst hob, bald nach seinem Regierungsantritt, die baierische Zunge des Malteserordens auf, und man betrachtete gleich damals diese Maasregel als den Vorläufer der nachher erfolgten Klösteraufhebung. Allein Kaiser Paul I., dessen Vorliebe für das Rittermäsige sich unter so manchen Gestalten äusserte, nötigte, unter dringenden politischen Conjunctionen, den Kurfürsten, die baierische Zunge wiederherzustellen. Jedermann betrachtete diese Wiederherstellung als ein vorübergehendes Werk des Augenblicks, von gebieterischen Umständen erzeugt. Die Denkungsart des Kurfürsten und seiner Minister, welche sich in allen Zweigen der Staatsverwaltung so unzweideutig offenbarte, schien jene Meinung zu rechtfertigen. Den Tod Pauls I. bezeichnete man als den Zeitpunkt, wo der Orden des heil. Johannes von Jerusalem, in Baiern abermal würde zu Grabe getragen werden. Allein diese Erwartung, diese Hofnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Warum nicht? darüber läßt sich mit Gewifsheit öffentlich noch nichts sagen. Wenigstens kann die Mutmassung, daß der Eigennutz und Kastengeist des baierischen etc. Adels, der hier seinen Einfluß auf die Person des Kurfürsten und seiner obersten Rathgeber geltend gemacht, es verhindert habe, noch nicht zur historischen Wahrheit erhoben werden. Ob die Erneuerung des Ordens

mit den neuen Kloster-Reformen in Baiern contrastire? darüber mag dem Unbefangenen das Urtheil nicht schwer werden.

Genug, es ist Thatsache, daß der Kurfürst, durch eine unlängst erschienene Verordnung, bekannt gemacht hat: der Malteserorden sey, vermöge einer Übereinkunft mit Rußland in seinen baierischen, neuburgischen, sulzbachischen und oberpfälzischen Staaten *wiedereingeführt*, und für denselben ein *Priorat* gestiftet, in welches nur die Eingebornen als Justizritter und Conventualen aufgenommen werden können. Das baierische Priorat soll jederzeit einen Theil der vorigen *englischen* Zunge ausmachen. Paul I. hat den Incorporationsact bestätigt, durch welchen das in Rußland errichtete Großpriorat mit der *englisch-baierischen Zunge* vereinigt wird, um auf immer eine und dieselbe Zunge, unter der Benennung *englisch-baierisch-russische* Zunge auszumachen. Das interessanteste Resultat der Publication des zwischen Paul I. und Kurpfalz geschlossenen Vertrages ist, daß einige Artikel desselben alle Hofnung zur Aufhebung des Ordens in Baiern vernichtet haben.

Aber siehe da, was geschieht gleichzeitig in *Spanien*? Der König giebt im May d. J. ein Edikt, wodurch er die beiden spanischen Zungen des malteser Ordens, nebst ihren verschiedenen Abtheilungen, mit der Krone vereinigt, und sich zum *Großmeister* des Ordens in seinen Staaten erklärt, (wo-

durch (eine Art von Schisma entsteht). Das Edikt sagt ausdrücklich, der König habe, *nach dem Beispiele des Kurfürsten von Baiern*, die Einkünfte des Ordens zu seiner Disposition genommen. Die Summen, welche bisher ins *Ausland* giengen, sollen in Zukunft zum Besten der Militär-Institute, Hospitäler, Krankenhäuser *) u. d., wie es der ursprünglichen Absicht und Stiftung des Ordens gemäß ist, verwendet werden. Der Orden soll übrigens, im geistlichen Fache, unter der Direction der Kirche und des Papstes, nach wie vor bleiben. Auch der Papst hat, von seiner Seite, die bloß auf die weltlichen Verhältnisse des Ordens sich beziehenden Verfügungen des Königs nicht mißbilligt. — Möge das neueste Beispiel des Kurfürsten, die Kraft seines frühern, in Spanien nicht verdrängen, und Rückschritten eben so wenig zum Grunde, als zum Vorwande dienen!

*) Die Kreuzzüge gaben Anlaß zu Stiftung der geistlichen Ritterorden, der Johanniter, der Tempelherren und der Marianer oder teutschen Herren. Ihre ursprüngliche Bestimmung war *Krankenpflege*, insbesondere im Hospital zu Jerusalem; späterhin ward auch Krieg gegen die Ungläubigen damit verbunden. Auf Ritterbürtigkeit und Ahnenprobe ward damals, bei der Wahl der Ritter, nicht gesehen.

VII.

Verbote und Aufhebung

d e r

Z a h l e n - L o t t e r i e.

England, Frankreich und Spanien, Teutschland und Holland haben noch Zahlen-Lotterien. In *Russland* werden solche als öffentliche Institute nicht gefunden: aber Privatpersonen wissen sich zu entschädigen, indem sie Bibliotheken und alle andere Arten von Effecten durch Lotterien ausspielen lassen. Dergleichen *Winkel-Lotterien* und *Wett-Comtoirs* (wo man auf selbstgewählte öffentliche Lotterien setzt, und der Unternehmer für eigene Rechnung das Gewerbe treibt) sind leider! auch in Teutschland in vielen Ländern und Reichsstädten noch eine Landplage. Aber daß es im neunzehnten Jahrhundert noch *öffentliche Lotterie-Institute* giebt, daß man noch in polizirten Staaten diese *Finanzmifsgeburt* findet, kann nur der sich erklären, der da weiß, wie wenig auf Erscheinungen in der *Zeit* geachtet wird, wenn es um Principien im *Raume* (im Geldbeutel) zu thun ist.

„Noch ein schweres Verbrechen — heißt es in einem, im Jahr 1800 zu Berlin, unter dortiger Cen-

sur, gedruckten Buche *) — haben die neufranzösischen Regierungen auf sich geladen. Es sind die *Lotterien*; diese verabscheuungswürdige Erfindung der niedrigsten und plumpesten Gewinnsucht, berechnet auf die blinde und abentheuerlichste Bereicherungssucht der Menschen, eben so verderblich für alles, was regelmäsiger Fleiß, Ordnungsliebe und Sittlichkeit heisst, als mit allen Regeln einer vernünftigen Wahrscheinlichkeit im Widerspruch. Welch ein entehrendes Schauspiel gewähren hier dem menschenfreundlichen Beobachter die Regierungen, indem sie, durch die *unverschämteste aller Geldpretlereyen*, Glück und Sittlichkeit der Unterthanen, dem elenden Preis einiger Millionen opfern,,!

Wirklich giebt es kein betrügerischeres Spiel, und keines, das so grosses Unheil im Staate anrichtet, als das Lotto. Welch ein Verhältniß zwischen Verlust und Gewinn, zwischen Nieten und Treffern! Der *Vortheil* beträgt für die Unternehmer, nach Verschiedenheit der Einlagen, auf simple und bestimmte Auszüge 16; auf Amben 37; auf Ternen 54; auf Quaternen 88 pro Cent. *Nieten* sind hier, bei simplen und bestimmten Auszügen 17, bei Amben 399, bei Ternen 11,747, auf Quaternen 511,037, gegen *Einen* Treffer.

*) Geist und Charakter des achtzehnten Jahrhunderts, von D. Jenisch, Th. I, S. 159.

Die Schädlichkeit der Lotterien wagt Niemand zu widersprechen. Im Gegentheil, alle Freunde der Staaten und der Menschheit eifern dawider, die aufgeklärtesten Gesetzgeber verbieten das Einsetzen in Lotterien. Aber es geht da, wie mit der Klage der Zechgäste über den schlechten Wein: vituperant et bibunt tamen. In dem Reichsanzeiger *) findet sich ein ansehnliches Verzeichniß von Kreisen, Ländern und Orten in Teutschland, wo Lotti und Lotterien durch Gesetze aufgehoben oder verboten sind. Möchte nun auch Jemand ein Verzeichniß solcher Länder und Orte liefern, wo noch öffentliche und heimliche Lotterie-Institute ihr Wesen ungescheut treiben, und als *Landblutigel* wo nicht autorisirt, doch geduldet werden!

Das *Preussische allgemeine Landrecht* verbietet die Hazardspiele, und unter ihnen auch das Lotto, bei 100 bis 1000 Ducaten Strafe, wenn sie aus Gewinnsucht gespielt werden. Auch der Magistrat der Reichsstadt *Nürnberg* verbot, durch ein Mandat vom 25. Febr. 1802, alles Einsetzen in Lotterien. Der Eindruck, welchen diese heilsame Verordnung auf viele gemacht hat, ist von einem humoristischen nürnbergischen Provinzialdichter **) mit originalem Witze geschildert worden.

*) Jahrgang 1794, Bd. I. Num. 41, Bd. II. Num. 76.

**) Das aufgehobene Lotto, in Nürnberger Mundart, von J. L. Gröbel. Nürnberg 1802. 16 S. in 8.

In den Fürstenthümern *Ansbach* und *Baireuth* hatte, unter der markgräflichen Regierung, das Lotto schreckliche Verwüstung in dem Mittelstande und unter der ärmern Classe angerichtet. Markgraf *Alexander* hob es auf, im Gefühle seiner Regentenpflicht. Die Wunden, die es geschlagen hatte, waren grossentheils vernarbt, die Unterthanen, bei dem scharfen Verbot, des Lottospiels fast ganz entwöhnt, als unter der Regierung König *Friedrich Wilhelms* II, einige — es dahin brachten, dafs dieses Institut, zum Besten der Invaliden - und Wittwen - Versorgungs - auch Schul - und Armen - Anstalten, wieder eingeführt ward. Alle, oft wiederholte Gegenvorstellungen der Provinzial - Behörden, und insbesondere des dirigirenden Landesministers, Freiherrn von Hardenberg, vermochten nichts gegen diese, unter einem so philanthropischen Aushängeschild paradirende Anstalt. Fünf Jahre lang, binnen welchen nicht weniger als 126 Ziehungen gehalten wurden, florirte sie, als ein sehr wirksamer Mitarbeiter in der moralischen und pecuniären Invaliden - Armen - und Wittwen - Fabrik.

Endlich gelang eine Demonstration aus Principien im *Raume*, denen die Fiscologen vor der Gerechtigkeit und Staatsklugheit *Friedrich Wilhelms* III, kein bündiges Arguemnt mehr entgegensetzen vermochten. Durch eine Reihe von Betrügereien verschiedener, bei dem Lotto angestellter Offizianten und Sammler, entstand ein *Cassen-*

Defect, der weit über 100,000 Gulden steigt. Der König hob, durch Cabinetsbefehle vom 15. und 23. Mai 1802 das ganze landverderbende, durch das Patent vom 4. Mai 1797 errichtete Institut auf, weil solches, „nach den ansbach-baireuthischen Localverhältnissen, für die Einwohner gedachter Provinzen, verschiedene nachtheilige Folgen gehabt hat.“ Auch ordnete Se. Majestät eine Lotterievissitation an. Viele, in den Betrug verwickelte Personen wurden verhaftet. In dem Verhaftete erhenkte sich ein Lotterie-Officiant, Namens Marpurg, und ein Sammler endigte ebenfalls durch Selbstmord sein Leben. Mehrere der Verhafteten sind für sich und ihre Familien unglücklich. Man vermuthet, daß diese traurige Erfahrung, auch für die übrigen preussischen Zahlen-Lotterie-Institute die Aufhebung bewirken werde.

Jene Aufhebung des Lotto-Instituts, hatte noch eine Erneuerung des Verbots alles Lotterie-Spielens zur Folge. Die deshalb ergangene Königliche Verordnung vom 9. Jun. 1802 ist folgenden wesentlichen Inhaltes: „Die in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth errichtete Zahlen-Lotterie wird, da solche, *nach den dortigen Localverhältnissen*, für die Einwohner gedachter Provinzen *verschiedene nachtheilige Folgen gehabt*, gänzlich aufgehoben. Es soll demnach keine Art von Absatz in- oder ausländischer Lotterie-Loose mit alleiniger Ausnahme der von der berliner Classen-Lotterie in den Für-

stenthümern Ansbach und Baireuth weiter statt finden, so wie überhaupt alles Spielen in Lotterien, die erwähnte berliner Classen-Lotterie allein ausgenommen, von den dortigen Unterthanen der Königl. Fränkischen Provinzen, durchaus zu unterlassen, und das Lotterie-Edict vom 20. Jun. 1794 hierunter genau zu befolgen ist. Alle dortige Polizei- und Justizbehörden, besonders aber sämtliche Fiskäle, haben auf alle hiegegen vorkommende Übertretungen stete Aufmerksamkeit zu richten, und deren Untersuchung und nachdrückliche Bestrafung zu veranlassen. Se. Königl. Majestät wollen auch, um dieses desto sicherer zu bewirken, das Ober-Lotterie-Gericht, und das Lotto-Fiskalat noch fortdauern lassen, und sollen diese von den vorgesetzten Departements besondere Instruction deshalb erhalten.,,

VIII.
C e r e m o n i e l
d e r
französischen Consuln.

Der erste Consul gab im April eine grosse Tafel von 160 Couverts, welcher die Gesandten und viele ausgezeichnete Fremde beiwohnten. Die Gesandten und Ausländer erschienen sämmtlich mit ihren *Ordenszeichen*. Bonaparte trug das kostbare *Kleid*, welches die Stadt Lyon ihm geschenkt hat. Die drey Consuln haben für die *Ceremonienkleidung* die *Stiefeln* abgelegt. Alle, die ihnen vorgestellt werden, müssen, wenn sie nicht Uniform haben, *Degen*, *Haarbeutel*, *weisse seidene Strümpfe* und *Schnallen* in den Schuhen tragen. Man glaubt, daß auch die *Manschetten* von Spitzen, und die *Federhüte* wieder Mode werden dürften.

Giebt Bonaparte *Ceremoniel-Tafel*; so thut ein Präfekt des Pallastes die Anzeige, daß das Essen angerichtet sey. Dann tritt der erste Consul zuerst in den Speisesaal, ohne einer Dame die Hand zu geben. Nur bei Anwesenheit der Königin von Hebrurien machte er hievon eine Ausnahme. Die Mittagstafel nimmt nun wieder um *zwei* Uhr ihren Anfang. Vermuthlich werden die Pariser hierinn dem

Beispiele des ersten Consuls, der ein Freund der *rechten* Zeit ist, nachahmen, statt daß sie seither vielfältig erst um sechs oder sieben Uhr Abends, zu Mittage speiseten.

Am ersten Ostertage (18. Apr. 1802), als dem *Inaugurationsfeste* der neuen katholischen Kirchenordnung, fuhr der erste Consul, in dem Zuge nach der Metropolitankirche zu U. L. Frauen, in einem Staatswagen mit acht Pferden. Bei ihm sassen der zweite und dritte Consul, deren beide *sechsspännige* Wagen hintendrein folgten. Die Staatswagen der Minister, der Mitglieder der ersten Staatsbehörden, des Erhaltungs-Senats, des gesetzgebenden Corps, des Tribunats etc., und der fremden Gesandten, waren mit *vier* Pferden bespannt. Anderthalb Tage vorher erhielten die Mitglieder des diplomatischen Corps von dem Pallast-Präfecten Düroc die Einladung zu dem Feste, mit der Bedeutung, daß sie in *vierspännigen* Kutschen erscheinen möchten. Die meisten Gesandten haben nur *zwei* Pferde im Stalle. Daher mußten sie den Pferdevermiethern 300 bis 400 Franken für Vorspann bezahlen. Auch liessen die meisten Gesandten ihre Domestiken in neue Livréen kleiden. Fünf und vierzig vierspännige Wagen waren im Zuge. Vor dem Wagen des ersten Consuls wurden sechs reichgeschmückte Paradepferde, von Mameluken geführt. Viele Generale und andere Offiziere umgaben die Wagen der Consuln. Vor der Kirche wurden die

Consuln von dem Pariser Erzbischof, nebst mehreren Bischöfen und Geistlichen, mit Weihwasser und Rauchwerk bewillkommt. Man führte die Consuln und den Cardinal-Legaten unter einem *Traghimmel*, auf einen reich geschmückten Pavillon, links vom Altare. So wurden sie auch zurückbegleitet.

Die Consuln scheinen zur *Livrée* ihrer Laquaien grün mit goldnen Tressen, so wie die Minister gelb mit goldnen Tressen und rothem Futter gewählt zu haben. Die fremden Gesandten geben Livréen nach eigenem Belieben. Der Gebrauch der *Livrées* ward durch die *Wappensucht* in dem Feudal-Zeitalter eingeführt. Das moderne Frankreich hatte auch diesen Rest jenes unseligen Zeitraumes vertilgt, und sich desselben bereits entwöhnt. Ob man erhebliche *Staatsgründe* zu dessen Wiedereinführung anzuführen vermöge? daran wird billig gezweifelt. Ob nicht den *Livrées* die *Wappen*, und diesen noch andere ähnliche *Decorationen* und *Distinctionen* in Frankreich auf dem Fusse folgen werden? Ob nicht die *Ehrenlegion* bald eine Malteserzunge in Frankreich, wo nicht gar ein Patriziat bilden wird? — Und das *lebenslängliche* Consulat! Im Erhaltungs-Senate stimmten dagegen *Lanjuinais*, der Banquier *le Couteulx* und *Garat*. *Garat* bediente sich hiebei des Ausrufs: que Cesar soit grand, mais que Rome soit libre! (Möge Cäsar groß, Rom hingegen frei seyn)!

Livréen dienen dem Stolze, der Eitelkeit und Verschwendung zur Nahrung. Auch beleidigen sie nicht selten den guten Geschmack. Wer hat aber mehr Verbindlichkeit, als die Regierung und ihre ersten Repräsentanten, der Eitelkeit, dem Stolze, der Verschwendung, dem kindischen Putzgeiste durch ihr *Beispiel* entgegenzuarbeiten, und dagegen dem guten Geschmack und der edlen Simplizität zu huldigen? Man hat längst der sogenannten *Fideicommiss-Livréen* des teutschen Adels gespottet, die oft vom Vater auf den Enkel und Urenkel forterbten, und wozu man die Laquaïen nach der erforderlichen Länge und Breite aussuchen mußte.

IX.

Hofetiquette

bei

Madame Bonaparte.

Die *Cirkel* - und *Apartements* - *Fähigkeit* scheint sich nun auch in das Gynäceum des Consular - Pallastes einzuschleichen. Die Gemalinnen der fremden Gesandten, sind vom Präfekten des consularischen Pallastes (Ober-Ceremonienmeister), citoyen de Luzay, schriftlich ersucht worden, der *Madame Bonaparte* nur *Damen vom Stande* (de distinction) aus ihrem Lande vorzustellen.

Auch bemerkt man, daß die Gemalinnen der fremden Gesandten, nebst den Verwandten der Madame Bonaparte und den Gemalinnen der französischen Consuln und Generale, die einzigen sind, welche in dem Apartment der Madame Bonaparte, auf *Lehnstühlen* sitzen. Die übrigen müssen sich mit dem *Tabouret* begnügen. Also wird die Frau des ersten Consuls sich das Vergnügen machen, an ihrem Hofe das Tabouret de la Reine zurückkehren zu sehen!

Sollte es nicht auch noch zu einer *ausschliessen- den Tafelfähigkeit* einer gewissen Klasse, in demjenigen Theile des Consular-Pallastes kommen, in welchem jene Dame regiert? Die *gesunde* Politik,

welche ihren Wohnsitz vorzugsweise in neuorganisirten, zumal republikanischen Staaten nehmen sollte, versagt *keinem Staatsgenossen* die *Tafelfähigkeit* bei irgend einer Tafel in demselben Staate. Wollte man an Madame Bonaparte die Frage richten: ob die *Damen* auch *Staatsgenossen* seyen? so würde der Frager schwerlich bei ihr auch nur das Tabouret erhalten.

Gewiß ist, daß der *erste Consul* die Vaterlandsvertheidiger, welchen er Ehrensäbel, Ehrenflinten u. s. w. ertheilt, ohne Unterschied ihres Grades, zu *seiner* Tafel zieht. Ob aber Madame Bonaparte dann auch erscheint? oder sich mit Unpäßlichkeit entschuldigt? — Der General *Lannes* (nach andern, *Lasne*), soll sich einst, an der Tafel des ersten Consuls, laute Bemerkungen über die Tafelfähigkeit erlaubt, und solche mit Gründen aus der gesunden Politik freier Staaten unterstützt haben. Dieser General ward bald nachher, als Gesandter nach Lissabon verschickt. —

X.

Ehrendenkmale für den Erzherzog Carl und für Pitt.

Die Ansicht, welche eine Begebenheit in weiter Entfernung giebt, ist oft ganz verschieden von der in der Nähe. Auch kleiden vielfältig einen Ausländer, Lob, Tadel und Freimüthigkeit besser, als einen Einheimischen. Immerhin ist es für den Weltbeobachter interessant, einen wichtigen Gegenstand von mehrern Seiten betrachtet zu sehen.

„Die ausländischen Journale (heißt es in einem französischen Journale) reden alle, um die Wette, nur von Statuen, die errichtet werden sollen, bald für Herrn *Pitt*, bald für den *Erzherzog Carl*. Immer sind es *Lebende*, denen gleichzeitige Künstler und höfische Unterzeichner diese Art von Denkmälern widmen, die ganz in das Gebiet der Nachwelt, als des einzigen Richters hierinn, gehören. In England ward auf Lloyds Caffeehause die statuاریsche Unterzeichnung für denjenigen eröffnet, welchen Mirabeau, so passend, den *Minister der Vorbereitungen* (*le ministre des préparatifs*) nannte. Allein die Errichtung dieser Statue ist bis dahin ver-

schoben worden *), wo Grosbritannien Wittwe dieses berühmten Ministers seyn wird, dem England die ungeheure Erhöhung des fiscalischen Systems und der Staatsschuld verdankt, so wie Europa für zehn Kriegsjahre und Widerwärtigkeiten aller Art sein Schuldner ist.,,

„In Teutschland hat ein berühmter Künstler aus Bologna, Hr. Francesco Santini, dem schwedisch-vorpommerischen Gesandten zu Regensburg verschiedene Zeichnungen vorgelegt, als Vorschläge zu dem projectirten Monumente für den *Retter Teutschlandes*. Dieser ehrenvolle Titel, welchen die *Stimme des Publikums* und die *unaufgeforderte Erkenntlichkeit der Germanier*, dem Erzherzog Carl beilegt, ist ein viel dauerhafteres Denkmal, als das Pantheon, welches der Bologneser vorschlägt. *Dieses* Monument, weit entfernt verschoben zu werden, wie das londner, ist ein Gegenstand süßen Genusses für den, der es so wohl verdient hat.,,

„Monumente der öffentlichen Dankbarkeit müssen von der Wahrheit und von der Zeit errichtet werden, die ihre Fundamente nur in dem Frieden der Nationen, in der Zerstörung der Vorurtheile, und vorzüglich in der Menschenbeglückung graben.

*) Die durch Unterzeichnung gesammelte Summe beträgt 3500 Pfund. Es ist beschlossen, solche in die öffentlichen Fonds zu legen, und nach Pitts Tode die Statüe zu errichten, weil Pitt selbst ihre dermalige Errichtung abgelehnt hat.

In Beziehung auf zerstörte Vorurtheile, muß man in Europa theilnehmend, binnen wenig Tagen, die Reuter-Statue Josephs II. aufrichten sehen, der, zuerst in den österreichischen Niederlanden und in seinen übrigen Erbstaaten, mit fester Hand die alten Fundamente des Mönchthums und Aberglaubens umwühlte.,,

Indessen ist ein Monument des Erzherzogs wirklich zu Stande gekommen, welches diesem edlen Manne, nach der guten Absicht, welche die Unternehmer belebte, gewiß nicht mißfallen wird. Auf dem Hügel einer anmuthigen Lech-Insel, eine halbe Stunde von *Augsburg*, erhebt sich, ein Tempel. In diesem erblickt man, auf einem Postamente von schönem grauen Marmor, das Brustbild des Erzherzogs, aus reinem carrarischen Marmor, in römischem Costume, von dem augsburgischen Künstler *Haft* gearbeitet. Auf dem Tempel ruht der kaiserliche Reichsadler, mit ausgebreiteten Flügeln, der einen um den Reichsapfel gewundenen Lorbeer hält. Die Inschrift ist: *dem Retter der Teutschen, von einigen Teutschen*. Das Monument ist 16 Fuß hoch, und umgeben mit einer niedern Hecke von Rosen und Jasmin. Der Tempel steht zwischen vier jungen Eichen, dem Sinnbilde deutscher Helden. Zu ihm führen Rasenstufen; dann kommt ein Piedestal von Duftstein, auf diesem ruhet auf vier Löwenköpfen, der Tempel mit vier Säulen.

XI.

Acten - Stücke

zur

Geschichte der Republikanisirung der teutschen Länder am linken Rheinufer.

Einleitung.

Noch ist das grosse Problem: ob die teutschen Länder auf der linken Rheinseite, durch ihre Französirung wesentlich gewonnen haben? praktisch nicht gelöst. Erst eine Reihe von Erfahrungen, prüfend und unparteyisch gesammelt in dem Laufe mehrerer Jahre, muß diese grosse Frage zur Entscheidung reif machen, und die Nachwelt in den Stand setzen, in letzter Instanz zu sprechen. Der Sammlung *solcher* Erfahrungen, ist diese Zeitschrift vorzüglich gewidmet. Wir laden daher alle sachkundige Menschenfreunde ein, die sich in der Lage befinden, an der Quelle zu beobachten, daß ihnen gefällig seyn wolle, von Zeit zu Zeit ihre Beobachtungen hier vor dem Richterstuhle des Publikums niederzulegen — sine ira et studio.

Eben so denkwürdig, als diese neuesten Erfahrungen, ist die *historische* Frage: *wie* — durch welchen Zusammenfluß von absichtlich veranlafsten und zufälligen Umständen — ist die Ordnung der Dinge in den gedachten Ländern auf den jetzigen

Standpunkt gebracht worden? Sind die Resultate, welche die Bemühungen der Urheber jener Republikanisirung zur Folge gehabt haben, wohlthätig und segenvoll für die Bewohner jenes Erdstrichs; so verdienen diese Stifter eine ehrenvolle Erwähnung in der Geschichte, die ja selten nach der ursprünglichen Absicht der Handelnden richtet, sondern oft nur dem Glücke des Erfolgs huldigt. Sind aber die Folgen der linkrheinischen Republikanisirung verderbend und unglücklich; nun so ist es ebenfalls von hoher Wichtigkeit für die Nachwelt, warnend die Thatsachen zu sammeln, durch welche der grosse Schlag geschah, der, unter gigantischen Ereignissen, die teutschen Länder am linken Rheinufer mit Erdbebengewalt rüttelte.

Wir machen hier den Anfang mit einer Reihe von Actenstücken, welche die *Geschichte der Republikanisirung des Rhein- und Mosel-Departements* betreffen. Sie werden in den Stand setzen, zu beobachten, nicht nur *was*, sondern auch *wie* es geschah. Nun, da die erste leidenschaftliche Hitze vorüber ist, wird wohl mancher der ehemals Mithandelnden es ungern sehen, daß man ihm diesen Spiegel vorhält. Allein seine Handlungen haben ihn der Geschichte einmal preis gegeben, und er mag nun kaltblütig — wenn er kann — zusehen, ob und wie der Stab über ihn gebrochen wird.

In dem letzten Vierteltheile des Jahres 1794 kamen die Franken, die Sambre- und Maas-Armee unter

dem Divisionsgenerale *Marceau*, in die Bezirke des jetzigen Rhein - und Mosel - Departements. Am 23. Oct. 1794 hielten sie ihren Einzug in *Koblenz*; in *Koblenz*, das ihnen so vorzüglich merkwürdig geworden war, als gewesener Vereinigungspunkt einer zahlreichen Menge, zum Theil sehr übermüthiger, französischer Ausgewanderten, und als der Ort, von wo aus der Oberfeldherr der vereinigten deutschen Heere, seinen Operationsplan, von einem drohenden Manifeste begleitet, gegen das trotziges Frankreich auszuführen begonnen hatte. „*Koblenz* — sagt Posselt *) — war seit dem Anfang der fränkischen Revolution der verrufenste Name in ganz Frankreich; *hier* war der Sammelplatz der Ausgewanderten, die um die beiden Brüder Ludwigs XVI. her einen Hof bildeten und Pläne von Gegenrevolution schufen. „*Die Ehre ist in Koblenz!*“, war das allgemeine Losungswort des aus seinem Vaterlande entflohenen oder vertriebenen fränkischen Adels; aber der Sieg war auf Seite der Republik. Schon *Custine* hätte, statt mehr prahlerisch als klug sich in das innere Teutschland zu verlieren, von *Mainz*, das ihm so wohlfeil geworden war, sofort auf *Koblenz* rücken sollen, wohin die Schnelligkeit von ein Paar Märschen ihn vor den Preussen gebracht haben würde, die abgehärmt, in jeder Rücksicht geschwächt, langsam aus dem beinah zum all-

*) Taschenbuch für die neueste Geschichte, 3. Jahrgang, 1796, S. 147.

gemeinen Grabe für sie gewordenen Champagne zurückkamen. Nun, nach so ungeheuern Zwischenfällen, die die fränkische Republik dicht an den Rand des Unterganges gebracht hatten, rückte, nach dem glänzendsten Feldzuge, den die Geschichte irgend eines Volks aufzuweisen hat, die fränkische *Mosel- (Sambre- und Maas-) Armee* auf beiden Seiten der Mosel gegen das verhasste Koblenz an. Nach einem lebhaften Gefecht, zog sich der österreichische General *Melas*, der letzte, auf das linke Rheinufer zurück. In Koblenz, wo lange nichts als die *weissen Kokarden* geherrscht hatten, wehten nun, seit dem 23. October, die *dreifarbigten Fahnen*.,,

Man kennt das Ausleerungs-System, das Papiergeld, die Contributionen, Requisitionen, die Auflagen und Anforderungen jeder Art, durch welche damals die französisch-republikanischen Heere, in den teutschen Ländern sich auszeichneten. In Koblenz, von dem man glaubte, daß es durch die Verschwendung der sogenannten *France extérieure* (der Ausgewanderten) Schätze gehäuft habe, sparten die Ankömmlinge nicht, aus jener neugeschaffenen *materia medica* die kräftigsten Arzneimittel zu verschreiben. Seltsam genug war der Contrast, den diese mit dem überall ausgehangenen Talisman, dem Idealismus von Freiheit und Gleichheit, bildeten!

Sicher entgieng dieser practisch-fühlbare Widerspruch den ruhigen, wenn auch minder scharfsichtigen Bewohnern des Landes nicht. Mitunter ward auch mancher Hitzkopf von seinem Freiheitswindel geheilt. Dagegen fehlte es nicht an andern, die dadurch nur noch mehr electricirt wurden. Mit Schmetterlings-Lebhaftigkeit trieben sie ihr Wesen in Volksgesellschaften, in Bier-Wein- und Branntweingelagen. Die Mängel der alten Staatsform wurden von ihnen mit den grellsten Farben geschildert, die Vortheile einer neu zu gründenden *cisrhenanischen Republik* himmelhoch erhoben. Es entstand ein Reiben zwischen beiden Parteien; es bildeten sich Factionen; von allen Seiten ward intrigirt, cabalirt und discutirt; plötzlich wälzte sich das noch nicht ganz erloschene französische Schreckens-System auch in diese sonst so friedlichen Gefilde, und die taumelnden Söhne erträumter Freiheit mußten sich tief bücken vor jedem, der einen Federbusch am Hute trug. Endlich machte das Directorium dieser Farce durch *Rudler's* Organisation ein Ende (14. Brum. Jahr 6). Und auch die späterhin projectirte *Independenz der cisrhenanischen Republik*, als einer zwischen Frankreich und Teutschland gestellten Mittelmacht, allenfalls unter preussischem Schutze, kam nicht zu Stande. —

Wir theilen diese sämtlichen Actenstücke vorläufig in drei Classen:

Erstens: Zur Revolutionsgeschichte im Jahre 1797.

Hier figuriren, unter andern, die Namen von *Gerhards, Beaury, Destaz, Ribot, Simon, Winner, Shée, Rambouillet, Franchemont, Adam, Hardy*. Auf der andern Seite, *Rosenbaum, Bourmer, Hoeg, Hahn, Müller, Bondkirch, Beuder, Maas, Mazza, Burkard, Barth, Weller, Zimmer, Zenz, Chenal, Bang, Scheidt, Dieblich, Funk, Dillbecker, Römer, Becker, Schwertz*.

Anderns: Geiselgeschichte im J. 8. *Lakanal, Saur,*

Beltramin: Cohausen, Rosenbaum, Stephany, Bohlen, Elz, Düsseldorf, Leymann, Koll.

Drittens: Zur Revolution unter *Leval*, im J. 8. —

*Leval, Lakanal, Düfour, Haupiere, Flesselle, Deguilly, Delorraine, Siegl, Kretzer, Zweissel, Winner, Kröll, Seyffert, Linz, Kilian, Vitzthum, Gorres, Spiegelberg, Pottgieser, Collas, Dineur, Wasserfall, Holtz-
hof, Saur, Godon, Vanrecum, Borde, Beltramin, Härtel, Schreiber, Oelsner, Reineke, Lassaulx, Mayer u. a.*

I. Actenstücke zur Revolutionsgeschichte
des
Rhein- und Mosel-Departements
im J. 1797.

I. *Proclamation der Freunde des Volks und
der Freiheit.*

Wir haben uns neulich *) mit Euch ein wenig über das traurige Loos das Eurer wartet, wenn wir wieder unter das alte Joch kommen sollten, unterhalten, und Ihr habt alles, was wir Euch darüber sagten, als ächte gründliche Wahrheit befunden. Zwar haben eure Blutsauger, eure Amtleute, und alle, die sich getroffen fühlten, ein gräuliches Spectakel geführt: sie haben uns Euch als ehrgeizige, geldgierige Taugenichtse geschildert, Euch gegen uns aufzuhetzen gesucht, eure Pfaffen (rechtschaffene Geistliche nennen wir nicht Pfaffen) haben euch gepredigt **): wir seyen Antichristen, die die Reli-

*) Eine frühere Proklamation haben wir bis jetzt, aller Mühe ungeachtet, nicht erhalten können. *Herausg.*

**) Wir wundern uns, daß selbst Pfarrer ihren Vorthail so schlecht verstanden, daß sie uns verläumdeten und gegen uns auf der Kanzel und im Beichtstuhl predigten. Was kann der Mann, der das Zutrauen seiner Gemeinde besitzt, der ihr Vater ist, und durch seine Tugenden sich ihr unentbehrlich gemacht hat, wohl von unserer Lehre fürchten? mag die ganze Welt eine Republik seyn, er bleibt immer noch unentbehrlich. Freylich der unruhige, prozesssüchtige Kopf, der nur an seinem Posten zu stehen scheint, um seine Gemeinde zu schickaniren, der sich allen Lasten entzieht,

gion umstürzen wollten, Abgesandte des Teufels, die nur Unruhe anzuzetteln suchten: aber Ihr waret alle zu gescheid, als daß Ihr nicht gemerkt hättet, daß diese Leute selbst das waren, wozu sie uns machen wollten; daß es blos ihr schmutziger Eigennutz war, der sie antrieb gegen uns aufzutreten; denn, hätten wir nicht gesagt, der Zehnde komme von Gott und Rechtswegen *Euch* zu, dann hätte euer Pfaff vielleicht geschwiegen. Hätten wir gesagt, wenn sich der Amtmann aus eurer Haut Schuhe machen will; so müßt Ihr Euch ruhig das Fell über die Ohren ziehen lassen; so hätte auch dieser keinen Laut von sich gegeben. Hätten wir gesagt, der ausgewanderte Adel könne sich den gemeinen Lasten entziehen, und dieselbe auf Euch wälzen, so wären wir gar gelobt worden. So aber, wo wir eure Rechte und Gerechtigkeiten in Schutz nahmen, haben sie den entsetzlichen Tumult angestellt, damit Ihr nichts von den Wahrheiten, die wir Euch zuriefen, hören könntet.

Sie drohen Euch, sie wollten die Verbreiter unserer Proklamation einsetzen, den Kaiserlichen aus-

oder der nur für seinen Beutel und Bauch sorgt, der muß wohl alles fürchten, wenn einmal das Recht mehr gilt, als die Schikane, und Tugend mehr als das verkappte Laster. Laßt ihn nur gegen die gute Sache predigen, er wird sich sicher dann seinen Sturz bereiten. Glaubet ihm nur nicht, er meint es nicht gut mit Euch, nicht der Geist Gottes, sondern der Eigennutz spricht aus ihm.

liefern etc. etc. sie befehlen Euch dieselbe ans Amt einzubringen, aber laßt Euch nicht abschrecken. Kennet ihr nicht den Beschluß der Mittel-Kommission zu Bonn vom 27ten Thermidor (14ten August) worin die Beamten zuerst einen derben Verweis bekommen, daß sie unsere Bemühungen, um Euch aufzuklären, hindern, statt sie zu unterstützen, und dann den Befehl erhalten unter Kerker und Absetzungsstrafe die Verbreitung, und öffentliche Anheftung aller unserer Proklamationen am hellen Tage nicht im mindesten zu stören. Zugleich giebt sie den Postämtern den Befehl, die patriotischen Schriften wie alle andere anzunehmen, und zu verbreiten. Warum wollt Ihr Euch also vor diesen Leuten fürchten? Sie berühmten sich zwar vor kurzem noch, als sey ihre Wiedereinsetzung ein sicheres Zeichen, daß die vorigen Despoten wieder zurückkämen; aber schon sind ihnen die Hände wieder auf den Rücken gebunden. Sie machen zwar ein grimmiges Gesicht gegen uns und gegen alle die es mit der guten Sache, und mit Euch halten, aber wir versichern Euch, daß sie Euch kein Haar krümmen werden. Ausserdem sind in eurem Amte wohl 2000 bis 3000 Bürger und nur einige Beamte; wenn Ihr nun sprecht: Wir wollen eine freye Verfassung haben, wir wollen Menschen, und keine Sklaven mehr seyn; werden dann die paar Despotenknechte Euch daran hindern? Sonst war es freylich anders. Wenn Ihr da so Etwas gethan

hättet; dann hätten die Beamten in die Stadt geschickt, und Soldaten zur Execution geholt — aber diese Zeiten sind vorüber, die Franzosen werden Euch euren Unterdrückern nicht preiß geben. Erklärt Ihr Euch frey, so seyd Ihr unter dem Schutz der Republik, und die vorigen Despoten werden den Gedanken ganz aufgeben, wieder zurück zu kommen. Legt also alle Furcht ab, und seyd Männer — nur Weiber fürchten sich vor Gespenstern.

Man hat Euch wohl auch gesagt, die Sachen, die wir von Euch foderten, seyen Landesverräthereyen, mit denen Ihr Euch nicht abgeben dürftet. Aber sagt einmal, wer hat Verrätherey getrieben? — Als die Franken bei uns einrückten; ließ da das Land den Fürsten im Stiche, oder der Fürst das Land? wir denken das Letztere; denn sie liefen ja so weit sie ihre Beine trugen. So sind es also die Fürsten die zuerst an Euch Verräther wurden. Denn, was ist ein Fürst? nicht wahr, nichts anders, als der erste Diener im Staate. Gegen einen entsetzlich theuern Taglohn hat ihn der Staat gedungen, für die Sicherheit und das Wohl des Vaterlandes zu sorgen, und er sorgte nur für sich und seine Creaturen, das Land war nur Mittel zu seinen eigennützigen Absichten, er betrachtete dasselbe als sein Eigenthum, da er doch nur dessen Diener war. Wenn nun ein solcher Staatsdiener gar entläuft, oder, wenn der Staat überhaupt sagt: Es ist mir zu

kostspielig ferner noch einen solchen Bedienten zu halten, ich will ins künftige die Arbeiten, die er für mich thun sollte, selbst verrichten; glaubt ihr, daß alsdann der Staat nicht das Recht habe, diesem Diener den Abschied zu geben, das ist, den Fürsten abzusetzen? Ihr, lieben Landleute seyd in dem Falle, ihr macht grötentheils den Staat aus; Ihr könnt also sagen der Krieg hat uns zu viel gekostet, als daß wir noch fernerhin Bedienten halten sollten, wir wollen keinen Fürsten mehr, wir wollen selbst Fürst seyn; und derjenige, der Euch sagt, Ihr verrathet euer Vaterland, ist dann selbst ein Landesverräther, weil er Euch ein unbezweifeltes Menschenrecht entziehen will. Laßt Euch also durch kein Geschwätz irre machen. Wenn Ihr einmal gesagt habt: wir wollen frey seyn! fort mit den Hummeln, die nur essen und nicht arbeiten, dann wird sich gewiß keine mehr blicken lassen.

Endlich schrecket man Euch auch mit der Lüge, man wollte Euch eure Religion nehmen. Aber sprecht einmal selbst; Ist es Religion, wenn Pfaffen Jahr aus Jahr ein fressen, sauffen, schlemmen, und für das alles dem lieben Herr Gott ein Dutzend lateinische Gebete herausblärren oder hermurmeln, während der arme Landmann nach einem kummervollen Tage im Schweiß seines Angesichts sich kaum so viel erarbeitet hat, daß seine Familie nicht Hungers stirbt? Ist es Religion, daß üppige Abtey-Stifts-

und Dom-Pfaffen Summen verprassen, von denen Hunderte von Familien sich anständig ernähren könnten? Ist es Religion, wenn sie mit ihren dem Lande abgestohlenen Früchten den schändlichsten Wucher treiben, wenn sie eher den hülflosen Bedürftigen Hungers sterben liessen, als dafs sie ihre Speicher öfneten? Ist es endlich Religion, wenn sie mit ihren Dispensationen Krämerey treiben; wenn sie sich den Lasten des Krieges und des Staates zu entziehen, und sie auf ihren ärmern Nachbar zu wälzen suchen? Von alledem wufste Christus nichts. Seine Religion ist rein von jenem Unrath. Pfaffen befleckten sie damit: Setzt diese auf den Fuß, auf dem sie in der ersten Kirche waren, und die Religion wird wieder in ihrem ersten Glanze erscheinen, welchen ihr keine Pfaffen gaben, sondern Geistliche, die sich mit Unterricht beschäftigten, und Geist und Herz veredelten. Weit gefehlt als dafs wir die Religion umstürzen wollen, werden wir sie vielmehr noch erhöhen, indem wir sie vom Wuste zu befreien suchen, mit dem sie die Herrsch- und Gewinnsucht der Pfaffen verunstaltet hat.

Ihr sehet also, dafs alle Einwürfe und Schreckbilder, womit unsere und euere Gegner Euch in die Enge zu treiben suchen, wie Spreu im Winde zerstäuben; und da könnt ihr dann dem Sprichwort gemäß: wer den Kern verlangt, muß die Nufs aufbeisen, keinen Anstand mehr nehmen, Euch öffent-

lich und unzweideutig zu erklären: Wir wollen frey, und von keinen Despoten mehr gehudelt seyn. Habt ihr diese Erklärung einmal von Euch gegeben, die Cisirhenanische Kokarde aufgesteckt, Freyheitsbäume gepflanzt; dann wählt ihr Männer, denen Ihr euer Zutrauen schenkt, und die ihr als brave, es gut mit euch meinende Patrioten kennet, zu euren Wortführern. Dann werdet Ihr ferner nicht mehr als erobertes Land angesehen, nicht mehr so hart behandelt werden. Ihr seyd dann eine freye Nation, wie die Italiäner, die sich auf eben diese Weise frey machten, und nun mit der französischen Republik verbrüdet sind. Habt Ihr nur einmal Euch öffentlich als frey erklärt, dann werden alle jene Contributionen und Requisitionen, die Euch itzt zu Boden drücken, grötentheils aufhören, und der fränkische Soldat wird Euch als freye Menschen respectiren. Alle jene drückende Frohnden, Lieferungen, Exekutionen, die unvermeidlichen Begleiter des Krieges, werden für jetzt, und immer aufhören, weil kein Fürst es künftig wagen wird, uns mit Krieg zu überziehen. Ihr bekommt dann eine Verfassung, worin der Landmann als die erste arbeitende und erwerbende Klasse des Staates auch den ersten Rang besitzt, wo jeder von Euch, wenn er Talente dazu hat, sich zur höchsten Stelle emporzuschwingen kann. Die Justitz wird schnell, unpartheyisch, und unentgeldlich seyn. Ihr werdet nicht wie bisher, wenn Ihr um eine Spaze proces-

set, am Ende beim Vergleich eure beste Kuhe für die Kosten hergeben müssen; in einem Tage werden Prozesse entschieden seyn, die sonst dreysig Jahre dauerten. Ihr werdet nicht jene Schaaren von Advokaten, die so oft eure Beutel ausgeleert, zu füttern haben. Eure Abgaben werden mäßig seyn; eure Beamten werden Euch nicht mehr ungestraft schinden können, denn Ihr wählt Euch selbst die Rechtschaffensten zu euern Obern, und ziehet sie zur Rechnung. Das Wild wird nicht mehr eure Felder verwüsten. Ihr werdet nicht mehr die Straßsen in euerm Schweisse bauen, damit Ihr nachher den nötigen Gebrauch derselben allein zahlen müßet, während die Adelichen bei ihren Lustfahrten nichts zahlen. Aller Unterschied zwischen Adel und Kanaillepack, wie er Euch nannte, wird alsdenn aufhören. Die schönen Domainen und Pfaffengüter, werdet Ihr gegen mehrjährigen Kredit, und unter leidentlichen Bedingungen ankaufen: aus dem Erlöfs werden eure ungeheure Landesschulden bezahlt werden. Den Zehnden werdet Ihr selbst ziehen, und so eure gesunkenen Umstände allmählich verbessern. Die Wunden, die Euch der Krieg geschlagen, werden bald geheilt seyn, und Ihr werdet noch frohe und glückliche Tage erleben. Sehet alle diese schöne Folgen hat eure einige Erklärung! Darum zaudert nicht, die Zeit ist itzt gekommen! wenn Ihr sie verstreichen laßt, so werdet Ihr sie einst umsonst zurückwünschen, indem sie vielleicht

in Jahrhunderten nicht zurückkömmt. Befolget das Beyspiel der pfälzischen Städte, Neustadt, Türkheim, Grünstadt, Kayerslautern und anderer, die den Freyheitsbaum gepflanzt haben! Nehmet Euch die Stadt Rheinbach bei Bonn zum Vorbild, die sich nebst 52 Gemeinden frey und unabhängig erklärt hat, und schon itzt die Wohlthaten einer freyen Verfassung genießet!

Es lebe die Freiheit!

Es lebe die Cisirhenanische Republik.

Und ihr Franken! Soldaten der Freyheit! Sehet unser Streben nach Unabhängigkeit! Bald wird der Genius der Freyheit unseren Fluren lächeln, und Seegen und Wohlstand über sie verbreiten. Achtet die Souveränität eines Volks, das sich während dem Laufe des Krieges durch so große Aufopferungen den gerechtesten Anspruch auf eure Dankbarkeit erworben hat. Euer Republikanism ist uns Bürge, daß Ihr, wie eure Waffenbrüder in Italien, eine Nation, die den Muth hat, sich frey zu erklären, zu schätzen wisset, und dieselbe nicht mehr als eroberte Sklaven, sondern als freye Brüder behandeln werdet!

*Distrikts-Büreau der Cisirhenanischen
Föderation in Koblenz.*

Rheinische Staats-Anzeigen

Bd.: 1.

Strasburg [u.a.] (1802)

Germ.g. 458 m-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10017350-1